

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.  
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne  
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:  
 monatlich, vom Posthalter abzuholen  
 1.50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-  
 bracht 1.64 RM. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.— RM. für das übrige Ausland  
 4.50 RM. monatlich. Versand ins Reich  
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.  
 Postbestellungen nehmen an: Däne-  
 mark, Holland, Preussens, Schweden  
 und die Schweiz. Einlagen in die  
 Postzeitungs-Briefkäste.  
 Erscheint täglich.

Telegraphisch: **Sozialdemokrat Berlin**.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Nebenzeilen des Anzeigenpreises  
 50 Hg. „Kleine Anzeigen“, das  
 ist gedruckt Wort 30 Hg. (täglich  
 2 Hg. gedruckt Wort), jedes weitere  
 Wort 15 Hg. Stellengeld und  
 Schlusszeilenanzeigen das erste Wort  
 20 Hg., jedes weitere Wort 10 Hg.  
 Worte über 16 Buchstaben zahlen für  
 zwei Worte. Feuerungsbeitrag 30%.  
 Familien-Anzeigen, politische und  
 gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen  
 50 Hg. die Zeile. Anzeigen für die  
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin  
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgerufen  
 werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 20. Juni 1918.

Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Die Brotnot in Oesterreich.

## Die Beschlüsse des Wiener Arbeiterrats.

Wien, 19. Juni. In der Angelegenheit der Verkürzung der Brotquote fasste der Wiener Arbeiterrat gestern spät abends Beschlüsse, worin die Wiederherstellung der vollen Protration und, solange dies nicht möglich ist, Ersatz für Brot gefordert wird. Weiter wird eine Erhöhung der Arbeitelöhne sowie infolge der Unterernährung Arbeitserleichterungen, Verkürzung der Arbeitszeit und Einschränkung der Nacharbeit verlangt. Der Arbeiterrat fordert, daß die österreichisch-ungarische Regierung bereit sei, jederzeit in Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen sowie über die Gründung einer Liga der Nationen einzutreten. Der Arbeiterrat verlangt weiter die sofortige Einberufung des Parlaments und betont, daß im Interesse der Lebensmittelerzeugung die Eisenbahner, Verkehrsarbeiter und Arbeiter der Lebensmittelindustrie alles vermeiden mögen, was den Verkehr und die Lebensmittelerzeugung stören könnte. Er fordert endlich die Arbeiterschaft auf, Ruhe zu bewahren und alle Zusammenkünfte auf der Straße zu vermeiden.

Durch eine neu erschienene Verordnung wird die Bewirtschaftung der neuen Ernte in Oesterreich ebenso wie im Deutschen Reich und künftig auch in Ungarn im Sinne einer strengen staatlichen Bewirtschaftung geregelt. Der Plan für die Getreideaufbringung geht von der Tatsache aus, daß Oesterreich ohne irgend welche Vorräte in das neue Erntefahr eintritt und daher danach getrachtet werden muß, möglichst rasch in den Besitz der erforderlichen Getreidemengen zu gelangen.

Leider entschließt sich die österreichische Regierung erst sehr spät zu durchgreifenden Maßnahmen. Es gibt zwar in Süddeutschland und auch in Preußen manchen segneten Ort, der in lukullischen Genüssen mit Tschechisch-Böhmen und Ungarn wetteifern kann. Allein im großen ganzen ist der staatliche Eingriff doch viel früher und durchgreifender als in Oesterreich-Ungarn erfolgt und seine segensreiche Wirkungen lassen es die Oesterreicher wohl jetzt bitter bereuen, daß sie nicht rechtzeitig nachgekommen sind.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ lehnt die in der unverantwortlichen österreichischen Presse gegen Deutschland erhobenen Vorwürfe wegen Nichterfüllung von vertraglich übernommenen Pflichten zur Getreidelieferung ab. Oesterreich-Ungarn habe zwar der deutschen Regierung die Organisation überlassen und Oesterreich-Ungarn seien Lieferungen aus der Ukraine bzw. aus Beharabien und Rumänien zugesichert worden. „Eine Lieferung aus deutschen Beständen ist dabei aber nicht vorgesehen worden; sie hätte nur in Frage kommen können, wenn Deutschland noch Reserven bestände hätte, die über den Bedarf für Bevölkerung und Heer hinaus verfügbar gewesen wären. Das ist aber in diesem Erntefahr leider nicht der Fall.“

Wie wir schließlich erfahren, verbleibt es in Oesterreich bei der plötzlich dekretierten Herabsetzung der Brotquote auf 600 Gramm für die Woche. Eine Verringerung ist erst von der ungarischen Ernte zu erwarten, die Sonntag oder Montag beginnen wird, aus der aber Wehl vermutlich erst in vierzehn bis zwanzig Tagen geliefert werden können.

## Zentralisation im britischen Weltreich.

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London vom 18. Juni erfährt, wird die Regierung wahrscheinlich am 19. Juni dem Oberhause ihren Beschluß über die Aenderung der ministeriellen Organisation (Einrichtung eines besonderen Kabinetts oder eines Komitees von Ministern für innere Angelegenheiten) bekanntgeben. Nach Ansicht der „Times“ wird jedoch diese Aenderung ganz in den Schatten gestellt durch eine viel wichtigere Aenderung, die vorbereitet wird, nämlich die Teilnahme der überseeischen Regierungen an der Verwaltung der Reichsangelegenheiten.

Seit dem 12. Juni tagt in London die britische Reichskonferenz. Ihre Verhandlungen, die gegen Ende Juni abgeschlossen sein sollen, werden geheim geführt. Ihr Hauptpunkt ist indessen kein Geheimnis. Die Kolonien, die mit großen Opfern an Menschen und Geld die Kriegssache Englands unterstützt und zu ihrer eigenen Angelegenheit gemacht haben, sind am Werk, einen wichtigen Teil ihres politischen Gewinns einzuholen. Das Maß ihrer Rechte im Zusammenschluß des britischen Imperialismus ist im Wachsen, gefördert durch die weltwirtschaftspolitischen Kampfziele, die der Krieg obenauf gebracht hat. Der Hinweis der „Times“ bezeugt die Spannung, mit der die englischen Imperialisten den jetzigen entscheidungsvollen Akt der Entwicklung begleiten.

## An der Piavefront Kanal Fosetta überschritten — Oesterreichischer Durchstoß bei Covilla am Montello — Erbitterte feindliche Gegenwehr — Französische Angriffe im Villers-Cotterets-Wald.

Berlin, 19. Juni 1918, abends. Amtlich.  
 Von den Kampffronten nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. Juni 1918. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**  
 Keine Erkundungstätigkeit der Infanterie. Teilsangriffe des Feindes am Nieppe-Walde und nordöstlich von Bèthune wurden abgewiesen. Der Artilleriekampf lebte nur in wenigen Abschnitten auf.

### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Domiers scheiterte am frühen Morgen der Angriff französischer Regimenter im Nordostteil des Waldes von Villers-Cotterets. Am Tage mehrfach wiederholter Ansturm drückte unsere östlich von Montigny vorstehende Linie etwas in das Innere des Waldes zurück. Im Clignon-Abschnitt nordwestlich von Chateau-Thierry stießen mehrere feindliche Kompanien zum Angriff vor. Sie wurden von unseren Vorposten abgewiesen.

Artillerie und Minenwerfer belegten mit starken Feuerüberfällen die feindlichen Anlagen bei Reims. Nachstoßende Infanterieabteilungen brachten etwa 50 Gefangene ein.

Gestern wurden 23 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone abgeschossen.

Hauptmann Berthold errang seinen 35., Leutnant Beltens seinen 22. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.  
 Ludendorff.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 19. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:

Der Südbügel der Heeresgruppe Feldmarschall v. Borowic erliefte in stetem Vordringen neue Vorteile. Der Kanal Fosetta wurde an einigen Punkten überschritten. Der Italiener legt alles daran, unser Vordringen zu hemmen. Auf engen Räumchen werden Gefangene zahlreicher zusammengegriffen Verbände eingedrückt. Festige Feindangriffe, die namentlich beiderseits der Bahn Oberzo-Trevviso mit großer Heftigkeit geführt wurden, brachen unter schweren Verlusten teils in unserem Feuer, teils im Nahkampf zusammen.

Die Divisionen des Generalobersten Erzherzog Joseph durchstießen bei Covilla am Südbügel des Montello mehrere italienische Linien. Die Zahl der Gefangenen erhöht sich.

An der Gebirgsfront waren die von uns am 15. genommenen Stellungen zwischen Piave und Brenta und südöstlich von Asiago abermals das Ziel erbitterter Anstürme. Der Feind vermochte trotz großer Opfer nirgends Vorteile zu erringen. Auch auf dem Dofso Alto stießen die Italiener immer wieder vergebens vor. An der Tiroler Westfront Artilleriekämpfe.

Der Chef des Generalstabes.

Die britischen Kolonien vertreten seit langem schutzjöllnerische Bestrebungen in der Hoffnung, auch das Mutterland auf diese Bahn zu drängen und durch Erreichung von Vorzugszöllen für ihre landwirtschaftlichen Produkte einen gesicherten Markt zu schaffen. Umgekehrt sucht sich das Mutterland England durch eine innige Verbrüderung mit den Kolonien in der Herrschaft über die Rohstoffmärkte zu befestigen. Die englische Regierung fördert diese wirtschaftlichen Tendenzen in der Hoffnung auf einen innigen politischen Zusammenschluß des formell nur eine lose Einheit bildenden britischen Weltreichs.

## Die bulgarische Kabinettskrise.

Sofia, 18. Juni. (Meldung der Bulgarischen Telegraphenagentur.) Der König hat Malinow mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Malinow ist der Führer der demokratischen Partei.

## Zur Friedensoffensive.

Von Eduard David.

Sie ist diesmal von konservativer Seite ausgegangen. Die „Kreuzzeitung“ brachte drei mit L. G. gezeichnete Artikel, in denen die Auffstellung eines klaren Friedensprogramms als Gebot der Stunde von der Reichsleitung gefordert wurde. Die Redaktion des konservativen Kampforgans hat zwar einige kritische Nachbetrachtungen dazu angestellt. Allein alle Welt fragt sich erstaunt, wer ist der Mitarbeiter, der soviel Autorität und Einfluß im konservativen Lager besitzt, daß ihm die Spalten der „Kreuzzeitung“ offenstehen für so offensichtlich aller seitherigen Kriegszielpolitik der Konservativen widersprechende Ausführungen. Die in politischen Kreisen umgehende Erklärung des L. G. als Ludendorff-Hindenburg ist zwar nur ein guter Scherz. Aber beinahe so einflußreich muß der Verfasser schon sein.

Auch der Respekt, mit dem die übrige alldeutsch-annexionistische Presse die Sache behandelt, ist in hohem Maße auffallend. Sie löst zwar wider den Stachel, der ihr hier von starker Hand ins Fleisch gestochen wurde; aber sie enthält sich doch all der wüsten Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen L. G., mit denen sie die Vertreter der gleichen Anschauungen aus dem Lager der „Schmach- und Verzichtfriedens-Mehrheit“ zu überschütten pflegt.

Die Anschauungen des Mitarbeiters der „Kreuzzeitung“ über die Notwendigkeit eines klaren Friedensprogramms und seinen hauptsächlichsten Inhalt decken sich mit denen der Reichstagsmehrheit und insbesondere ihrer sozialdemokratischen Bestandteile in allen wesentlichen Punkten. Seit Jahr und Tag haben wir die Auffassung vertreten, daß das oberste Kriegsziel die Auflösung des feindlichen Blocks und die Schaffung einer neuen Konstellation sein müsse, die Deutschland aus der Isolierung heraus in weltpolitisch erweiterte Verbindungen bringe. Die kurzfristige Kriegszielabstechung der Eroberungspolitik mit ihren Gebietserwerbungen und Grenzsicherungen nach Ost und West dient dem Gegenteil; sie treibt die militärisch auseinandergepresste Weltkoalition gegen uns wieder zusammen und engt uns schließlich trotz aller territorialen Erweiterungen politisch und wirtschaftlich noch schlimmer ein als zuvor. Aus diesem Grunde haben wir gegen diese mit offenkundigen Horizonten und Methoden operierende „Weltpolitik“ Front gemacht. Es ist eine angenehme Ueberraschung für uns, so ganz plötzlich einen Mitstreiter aus dem konservativen Lager herangaloppieren zu sehen. L. G. schreibt:

„Es handelt sich in diesem Kriege nicht um leichtfahbare Gebietsstreitigkeiten. Es ist daher notwendig, daß unsere politischen Vorstellungen über den engen Horizont kontinentaler Gebietsfragen hinaus in den Bereich einer mehr planetarischen Betrachtung der politischen Situation geführt werden. Dieser Krieg ist, soweit er ernste Gründe hat, gegen die Grundlagen unserer Weltstellung gerichtet. Sie müssen sichergestellt und verbessert werden, und wir haben nie geglaubt, daß dies durch hermetischen Abschluß nach außen geschehen kann unter einfacher Angliederung der von uns eroberten Gebiete, die uns nur Mittel zum Zweck und niemals Selbstzweck sein können. Die Möglichkeiten neuer und vorteilhafter politischer Konstellationen nach dem Kriege schaffen wir uns durch die Forderung des Notwendigen und Wesentlichen, und aus dieser Erkenntnis heraus werden wir niemals unsere Ziele in allzu gegenständlicher Bewertung sekundärer Einzelfragen überspannen.“

Von dieser der unsrigen entsprechenden Grundorientierung aus stellt L. G. seine Hauptforderungen auf. Als solche bezeichnet er die Freiheit der Meere, die Regelung der Weltwirtschaftsfragen und die Kolonialabrechnung.“

Hinsichtlich der letzteren schlägt L. G. eine allgemeine koloniale Auseinandersetzung vor, die eine den wirtschaftlichen Kräften der Nationen entsprechende Regelung bringen soll. Er erhofft dabei die Durchsetzung eines abgerundeten Kolonialreichs für Deutschland. Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrem Stockholmer Memorandum die Rückgabe der entrisenen Kolonien gefordert. Gelingt es auf dem Wege der Kompensation und vertraglichen Vereinbarung, eine Abrundung und Erweiterung unseres Kolonialbesitzes zu erlangen, so haben wir selbstverständlich nichts dagegen; zumal dann nicht, wenn wirklich Ernst gemacht wird mit der von L. G. geforderten „intensiven kolonialen Kulturwirtschaft“.

Zum Punkt: „Regelung der Weltwirtschaft“ führt L. G. aus, daß wir die Befreiung aller bereits von unseren Gegnern gegen uns vereinbarten Hemmungen fordern müssen. „Wir wollen nach der Wiedereinführung in den alten Stand nichts anderes als die tatsächlich garantierte wirtschaftliche Gleichberechtigung.“ Garantien dafür sieht er in der Zuficherung der Meistbegünstigung und des gleichen Rechts der wirtschaftlichen Ausnutzung aller Weltwirtschafts-

gebiete. Zur Sicherung der letzteren verlangt er die Einsetzung internationaler Kontrollkommissionen.

In untern von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 17. August 1915 aufgestellten Leitsätzen über die Kriegsziele heißt es: „Zwecks Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes fordern wir: Offene Tür, d. h. gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung in allen kolonialen Gebieten; Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in die Friedensverträge mit allen kriegführenden Mächten“. . . Auch hier also herrscht, wie man sieht, eine erfreuliche Übereinstimmung zwischen L. S. und uns. Sie geht so weit, daß L. S. auch zu einem Verzicht auf Kriegsschädigung bereit ist, wenn Deutschlands weltwirtschaftliche Betätigungsfreiheit gewährleistet wird.

Die gleiche Übereinstimmung ist für die Forderung auf Freiheit der Meere zu konstatieren. Diese soll sich nach L. S. aufbauen auf einer vertraulichen Vereinbarung über die Abschaffung des Seebeuterechts, der Blockade und der Konterverhandlung. Aber, meint er, das genügt nicht. „Die Freiheit der Meere muß einen realen Boden bekommen.“ Welchen? — Man höre:

„Es wird sich empfehlen, daß wir die offiziellen feindlichen Kundgebungen über den beabsichtigten engeren Zusammenfluß der Völker, über die Rüstungsbeschränkungen und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit ohne Scheu vor alten ehrbaren Ansichten (!) zu Hilfe nehmen, und sie, die die deutsche Regierung im Prinzip, speziell durch die Antwortnote an den Papst bereits gebilligt hat, etwas offensiver benutzen. In England bereits, in maßstabemäßiger Befolgung der von ihm selbst propagierten Abrüstungsvorschläge seine Kriegsstärke bis auf den für den Seepolizeidienst notwendigen Bestand zu reduzieren, und werden die von ihm besetzten Seeleistungen wie Gibraltar, Malta, Aden, Singapur usw. geschleift und deren Hafen internationalisiert, so fällt für uns jede Notwendigkeit fort, durch die Schaffung ähnlicher Stützpunkte die Nachteile unserer jetzigen maritimen Lage England gegenüber zu verbessern.“

In den bereits erwähnten sozialdemokratischen Leitsätzen über die Kriegsziele heißt es:

„Die Freiheit der Meere ist durch internationalen Vertrag herzustellen. Zu diesem Zweck ist das Seebeuterecht zu beseitigen und die Internationalisierung der für den Weltverkehr wichtigen Meerengen durchzuführen.“

Unser Stockholmer Memorandum fordert außer für die wichtigen Meerengen auch für die interozeanischen Kanäle eine internationale Kontrolle. Dort finden sich auch noch weitere Einzelvorschläge betr. Rüstungsbeschränkung, Panamakanal, Blockade u. a. m., aus denen L. S. ersehen mag, wie nahe seine Bedankensgenossen sich mit den unsrigen berühren. Offensichtlich freut er sich dessen — „ohne Scheu vor alten ehrbaren Ansichten“!

Das Wichtigste von allem aber ist die Forderung, die L. S. aus einer so gewährleisteten Freiheit der Seefahrt ableitet. Wir könnten dann auf die flandrische Küste verzichten, erklärt er, denn sie sei wertlos, wenn jene tatsächlich gesichert sei. Und er fährt fort:

„Der Herausgabe Belgiens steht nichts mehr im Wege, wenn England bereit ist, diese Sicherstellung zu leisten. Eine weitere Fortsetzung des Krieges von Seiten Englands würde also in dieser Beziehung der Welt beweisen, daß ihm die Befreiung Belgiens der vorgeschobene, aber die Vernichtung der deutschen Erziehungsgelände der wahre Grund ist. In einer geschickten und in der Richtung dieses Gedankenganges eingehend begründenden amtlichen Kundgebung, die mit jedem Zweifel über die beabsichtigte Lösung der belgischen Frage aufräumt, liegen die sehr starken außenpolitischen Wirkungsmöglichkeiten.“

Hier liegt in der Tat der Hebelpunkt, an dem angefaßt werden muß. Alle feithierigen Friedensserklärungen der deutschen Regierung litten an einer bedauerlichen Unklarheit hinsichtlich Belgiens. Tadurich erleichterten sie den Kriegstreibern in London und Paris außerordentlich das Geschäft. Jetzt ist Zeit, jeden Zweifel daran auszuräumen, daß wir bereit sind, Belgien herauszugeben, gegen die Gewährleistung der Freiheit der Meere.

Im übrigen haben die Hauptgesichtspunkte, die L. S. für sein Friedensprogramm aufstellt, bereits eine klägliche Präzisierung gefunden in der — Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. Territoriale Unverletzlichkeit, wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit, Freiheit der Meere, und internationale Rechtsorganisation — nichts fehlt da. Wir freuen uns aufrichtig, daß nunmehr auch von rechts her ein so gewichtiges Bekenntnis zu dieser Willensklugung der deutschen Volksvertretung abgelegt worden ist. Die annerkennungswürdigen Gewaltpolitiker haben vor einiger Zeit mit viel Gelärm der Welt weis machen wollen, daß jene Kundgebung überholt und von ihren Vätern selbst verlassen sei. Sie müssen nun erleben, daß ihr mitten im konservativen Lager ein kühner Fürsprecher ertönt. Der Verständigungsfrieden marschiert.

## „Himmelweit entfernte Kriegsziele“ . . .

Graf Burian in England.

Auf die vor wenigen Tagen in einer Versammlung gehaltene Kriegssprache des englischen Ministers Milner, in der zum heroischen Widerstand gegen Deutschland und dessen Eroberungsziele aufgefordert wurde, antwortet nunmehr der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Burian. Einem Redakteur des Wiener offiziellen „Freundenblattes“ gegenüber äußerte sich Graf Burian dahin, daß mit dem Versuch Milners, durch klare Betonung und ständige Hervorhebung der besonderen, angeblich auf die Unterjochung seiner Feinde sowohl als auch seiner jetzigen Verbündeten gerichteten Politik Deutschlands nur dasselbe Ziel verfolgt wird, welches Milner allen amtlichen deutschen Kundgebungen zuschreibt: das Ziel der Spaltung der gegnerischen Koalition. Dieses Ziel könne bei den Mittelmächten niemals erreicht werden, denn hier bestehe die volle und uneingeschränkte Gleichberechtigung aller Bundesgenossen.

„Das nun die angeblichen Weltherrschaftsziele der Mittelmächte und deren Bedürfnis betrifft — sagte Graf Burian —, durch immer weitere Meere von Blut zu waten, so möge Lord Milner denn doch einmal einen aufrichtigen Versuch machen, sich darüber des näheren zu erkundigen. Er wird erstaunt sein, wie himmelweit unsere Ziele von seinen entfernt sind, die unsere Gegner der Welt als die unsrigen vorzutäuschen suchen.“ Daß diese Deutschland untragbaren Ziele unerreichbar sind, darin stimmt Graf Burian dem englischen Minister bedenklos zu, und er unterstreicht seine Ausführungen, indem er hervorhebt, er dürfe „wohl auch im Namen Deutschlands sprechen“.

Auch diese Kundgebung des offiziellen Vertreters des Vierbundes frönt an jenem Mangel, der allen früheren Kundgebungen anhaftete: bei aller Freundlichkeit der Ausdrucksweise besagt sie doch in bezug auf die Kernfrage nichts, und was sie sagt, ist auslegungsfähig. Wenn die Kriegsziele des Vierbundes und speziell Deutschlands auch himmelweit von denjenigen entfernt sind, die die Feinde unterstellen, so können sie immerhin weit genug gehen, um den Widerstand der auf die Abwehr der Eroberungsgelüste bedachten Völker anzustacheln. Und das ist der Kern der Frage!

Der „Vesier Lloyd“ ist aber der Ansicht, gerade in der Ausdrucksweise deute der wichtige Kern der Neuheringen sich an. Das Blatt schreibt: „Es ist nicht etwa ein neues Friedensangebot, das der Minister des Auswärtigen der Entente macht, sondern vielmehr eine Aufforderung an die Entente, sich auf den Weg aufrichtiger und konkreter Verhandlungen zu begeben, und eine Erinnerung daran, daß wir niemals die Ziele, die uns vor sich weben, unbedingt nur auf dem Wege der Gewalt verwirklichen wollen.“

Wir möchten werten, daß die Antwort aus dem Lager der Entente in der Gegenforderung bestehen wird, dann endlich diese Kriegsziele offen auf den Tisch zu legen. Aber durch dieses flache Diplomatenpiel kommt die Welt nicht aus ihrem furchtbaren Blutgisse.

Das Clemenceau-Blatt „Comme Libre“ enthielt die Aufforderung an Lord George, den Alliierten seine Friedensbedingungen bekanntzugeben, da Frankreich bereit sei, von Deutschland die Vorschläge zu hören, die den Krieg beendigen könnten. Jetzt schreibt die „Humanité“, wie ein Kaiser „V.-Telegramm“ mitteilt, daß dieser Artikel von Clemenceau selbst geschrieben sei.

Frankfurt a. M., 19. Juni. Zu der Bemerkung des Grafen Burian, daß Lord Milner doch nur den Versuch machen möge, sich nach den Kriegszielen der Mittelmächte zu erkundigen, und daß er dann erstaunen werde, wie himmelweit diese Ziele entfernt seien von jenen, die unsere Gegner der Welt vorzutäuschen versuchen, erfährt der Wiener Botschafter der „Frankfurter Zeitung“ noch, daß die Mittelmächte sich allerdings weigern, sich zu einem jener mit hohen zurückgewiesenen Friedensangeboten verleiten zu lassen, daß aber tatsächlich die Friedenshand ausgebreitet und daß es Sache der Entente ist, in sie einzuschlagen. Wenn Frankreich auf seine Eroberungsziele verzichte, könne in einer Stunde der Friede mit ihm abgeschlossen sein, ein Friede, bei dem Frankreich in voller Ruhe in die Zukunft blicken könne. Der Glaube an die Ernüchterung ist allerdings noch schwach, trotzdem Meldungen genug über einen beginnenden Stimmungsumschwung vorliegen. Es werden also noch weitere Opfer nötig sein, bevor Frankreich für einen Verständigungsfrieden reif ist.

## Die Schlacht in Italien.

Der dritte Tag.

Wien, 18. Juni. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Auch am 18. Juni, unbeschadet der immer noch trübten Witterung und des fast an der ganzen Südwestfront fallenden Regens, hat der gewaltige Druck der am Westufer der Piave stehenden österreichisch-ungarischen Armeen nicht nachgelassen und an manchen Stellen haben sich die österreichisch-ungarischen Linien tiefer in das Land jenseits der Piave vorgeschoben.

Zwischen den beiden wichtigen Bahnlinien, die bei San Dona und Ponte di Piave den Fluß überqueren, war sowohl das Gelände zwischen San Dona und dem Postettanale, den unsere Truppen ungefähr an der Stelle erreichten, wo er die nach Mestre führende Bahnlinie schneidet, wie auch weiter nördlich das fest in unseren Händen gehaltene Westufer der Piave, der Schauplatz heftiger Kämpfe. Für den Erfolg sprechen die 6 Kilometer Geländegewinn, von denen fast jeder Meter Lebens in schrittweisem Vordringen dem Feinde entzogen werden mußte. Der Höhenrücken Montello,

einer der wichtigsten Schlüsselpunkte der oberen Piavelinie, wurde durch Erweiterung und Vordringen unserer Hebergangslinie in seinem Südteil in unserem Besitze bedeutend gefestigt. Zahlreiche erbitterte Gegenangriffe des Feindes, die rechtlos zusammengebrochen sind, und die hohe Zahl von fast 8000 Gefangenen und 83 Geschützen, die allein am Montello in unseren Händen geblieben sind, beweisen die Wichtigkeit und Bedeutung der um diesen Platz entbrannten Kämpfe und der erzielten Erfolge. Mit dem gleichen Ergebnis, wie die italienischen Gegenstöße am Montello, endeten auch die vergeblichen Versuche englischer Bataillone, südlich von Asiago vorzukommen, und alle feindlichen Bemühungen beiderseits von der Brenta. Gleich am ersten Tage des großen Angriffes, der von jeder einzelnen Bemannung der in großen Geschwadern aufsteigenden Flugzeuge die höchste Anspannung von Tatkraft und Mut forderte, griffen unsere Schlachtfieger aus niedriger Höhe in den Kampf ein; auch ihre Tätigkeit wurde durch das andauernd ungünstige Wetter der letzten Kampftage beträchtlich behindert.

## Die Polen und das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis.

Zu der neulichen, von uns hervorgehobenen Meldung der „Neuen Freien Presse“ über den innigen Zusammenhang zwischen der austropolnischen Lösung der Polenfrage und dem Ausbau des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses schreibt der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“:

„Zu der immerhin auffälligen Auslassung der „Neuen Freien Presse“ über den organischen Zusammenhang zwischen der Lösung der Polenfrage und dem Waffen- und Wirtschaftsbündnis der Mittelmächte ist zu bemerken, daß an dem Wortlaut dieser Auslassung eigentlich nichts Ansehbares ist, da an und für sich das Deutsche Reich auf dem gleichen Standpunkt steht. Eine Lösung der Polenfrage muß unbedingt gefunden werden, sonst hängt das ganze Bündnis in der Luft. Welche Lösung zutage kommt, ob die sogenannte austropolnische oder die jetzt von Deutschland bevorzugte, das mag dahingestellt bleiben. Sollte die österreichische Auffassung dahin gehen, daß ohne austropolnische Lösung das Bündnis nicht geschlossen wird, so könnte dem eine deutsche Auffassung entgegenstehen, die mit einer austropolnischen Lösung ein Bündnis mit Österreich für unmöglich hält. Bekanntlich sehen sehr einflussreiche Kreise in dieser Lösung nichts anderes als die Annexion Oesterreichs durch die Polen, und weisen sich Deutschland von einem solchen Oesterreich zu versehen hätte, ist nach dem jüngsten Verhalten der Polen selbst in innerösterreichischen Fragen kaum zweifelhaft. Auf keinen Fall steht die Frage so, daß nun die austropolnische Lösung durch irgendwelche Drohung gegen Deutschland erzwungen werden könnte. Das Interesse an einem engen Ausbau und an einer Vertiefung des Bündnisses ist für Österreich mindestens ebenso stark wie für das Deutsche Reich. Es wäre eine schlechte Taktik einer Regierung, den Ausbau dieses Bündnisses von irgendwelchen Bedingungen abhängig zu machen, zumal von solchen, für die selbst in Oesterreich nur in bestimmten Kreisen Begeisterung herrscht. Es

wurde dem Grafen Burian bei seinem neuerlichen Besuche nachgerühmt, daß er in der Zwischenzeit die engen Beziehungen zum Deutschen Reich und den Wert glatter Verhandlungen mit dem Bundesgenossen anders einschätzen gelernt habe, als während seiner ersten Amtszeit. Die inspirierte Auslassung der „Neuen Freien Presse“ scheint diese Auffassung nicht zu bestätigen.“

In Deutschland wird die Hebergangslinie wohl allgemein sein, daß der Ausbau und die Vertiefung des Bündnisses für Oesterreich-Ungarn mindestens ebenso wichtig wie für das Deutsche Reich sei.

Wie Recht weist die „Frankfurter Zeitung“ darauf hin, daß ein von den Polen annehmiertes Oesterreich für das Deutsche Reich ein zweifelhafter Gewinn ist. Soll aber verhütet werden, daß die Polen in Oesterreich das Ringlein an der Waage sind, so müssen die Deutschösterreicher, deren Führer weder moralisch noch intellektuell zur Begründung der Bereitschaft einer Wiederkehr über eine Mehrheit fähig sind, eben nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, daß ihre Verhandlung mit den West- und Südländern im wohlverstandenen Interesse des Gesamtdeutschtums liegt.

## Fragen an Clemenceau.

Unter der Überschrift: „Dem Bankrott entgegen“, rechnet der „Socialiste Pele“ mit Clemenceau und seiner Regierung ab. Sein Text ist die bekannte Verzweiflungsrede vom 4. Juni, in der Clemenceau das französische Volk auf die amerikanische Hilfe vertritt. Das genannte Blatt stellt in seinem Leitartikel vom 15. Juni folgende Frage an Clemenceau:

„Wie konnte es geschehen, daß nach vier Jahren Krieg die Gefahr des preussischen Militarismus größer ist als je; daß der deutsche Imperialismus jubiliert; daß bis jetzt die Demokratie nicht fester begründet ist als früher; daß die Deutschen nur 75 Kilometer von Paris stehen? Die Antwort Clemenceaus ist: „Die Russen haben uns im Stich gelassen, deshalb konnte Deutschland 300 Divisionen nach dem Westen werfen.“ Die Antwort ist nicht schlecht, aber warum hat Clemenceau dies nicht vorausgesehen, als die russische Revolution eine internationale Konferenz in Stockholm wünschte und einen allgemeinen Waffenstillstand zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen beschwor? Was hat damals Clemenceau gesagt? „Die werden“, sagte er, „den Krieg fortsetzen.“ Und schon, sein Staatssekretär des Auswärtigen, vervollständigte die Antwort Clemenceaus und erklärte: „Unser Friede ist ein durch einen militärischen Sieg erzwungener Friede.“ So wurde Russland sich selber überlassen und mußte den ihm auferlegten Frieden annehmen, so daß die Deutschen 300 Divisionen vom Osten nach dem Westen werfen konnten. Und nun stellen wir eine andere Frage an Clemenceau: „Was sind die Ursachen, die die Entente veränderten, noch vor dem russischen Zusammenbruch und noch vor der italienischen Niederlage der deutschen Militarismus zu schlagen? In jener Zeit hatte doch die Entente eine große numerische Überlegenheit!“

Der „Socialiste Pele“ wirft Frankreich und England vor, daß ihre Regierungen, anstatt die Demokratie zu fördern, immer reaktionärer werden. Nach Ribot kam Clemenceau, der schlimmste Feind der französischen Arbeiterklasse. Auf Asquith folgte Lloyd George, der in den Händen der Konservativen ist. In Italien herrscht Sonnino, ein ausgesprochener Imperialist. Wie können derartige Regierungen einen demokratischen Krieg führen?

Das Blatt schlägt: „Es ist vielleicht der größte Fehler der sozialistischen und Arbeiterparteien der Entente, daß sie nicht schon längst die Jügel der Regierung ergriffen haben. — auf Grund ihrer politischen Macht hätten sie dies wohl tun können. Europa würde, in einem solchen Falle sicherlich anders ausgesehen haben als jetzt. Aber es ist noch nicht zu spät, dies zu tun. Wenn anders Europa dem Bankrott entgegen geht, so dem die Weibchen Clemenceaus es führen.“

Dieser Hinweis der Arbeiterparteien der Entente auf ihre ungenügende nicht geringe politische Macht wird hier nicht zum ersten Male gegeben.

## Russische Noten an die Entente.

Moskau, 16. Juni. Pressemeldungen zufolge hat Tschitcherin den Vertretern der Entente eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die schärfsten Maßnahmen zur Unterdrückung des tschechisch-slowakischen Aufstandes getroffen sind. Dies könne nicht als ein feindlicher Akt gegen die Entente betrachtet werden, denn eine andere Handlungsweise gegenüber den tschechischen Truppen sei für den Rat der Volkskommissare nicht zulässig.

Nach einer Meldung der Retrograden Telegraphenagentur erklärten Delegierte des Exekutivkomitees von Tscheljabinsk, die mit großer Mühe die Kampflinien durchschritten hatten, daß die Tschecho-Slowaken und russische Offiziere einen Delegierten Walkontow zum Kollontaj-Generalduto geschickt haben, um eine gemeinsame Offensive zu organisieren.

Berlin, 19. Juni. Note Tschitcherins an die Entente-vertreter: Folgende Note wurde dem englischen Gesandten übergeben: „Nachdem Russland aus der Reihe der kämpfenden Staaten ausgeschieden ist, zögerte die russische Regierung anfangs noch mit der Forderung, daß die englischen Kriegsschiffe die nördlichen Häfen zu verlassen haben. Später wies der stellvertretende Kommissar für auswärtige Angelegenheiten mehrmals auf die Notwendigkeit hin, daß die englischen Schiffe die nördlichen Häfen verlassen. Der Versuch, irgendwelche Detachements zu landen, würde energische Gegenmaßnahmen der russischen Regierung hervorrufen. Aber auch gegen das Verbleiben von Kriegsschiffen kriegführender Staaten in unseren nördlichen Häfen und Gewässern erhebt der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten energische Protest.“ Am selben Tage noch wurde eine Note gleichen Inhalts dem amerikanischen und französischen Generalkonsul in Moskau überreicht.

## Schwere Erkrankung Bethmann Hellwegs.

Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hellweg ist seit einiger Zeit leidend. Sein Befinden hat sich durch einen kürzlich erlittenen Schlaganfall verschlimmert.

Englischer Hilfskreuzer versenkt. London, 18. Juni. (Reuter.)

Die Admiralität meldet: Der Hilfskreuzer Patria wurde am 18. Juni durch ein deutsches U-Bootboot torpediert und versenkt. Ein Offizier und 15 Mann der Handelsmarineemannschaft wurden vermisst und sind wahrscheinlich ertrunken.

Im Sperrgebiet des Mittelmeeres versenken unsere U-Boote 6 Dampfer und 4 Segler von zusammen 24 500 B. M. T.

Indianer an der Westfront. „Anträngeant“ meldet, daß kürzlich in einem französischen Hafen das erste Detachement von Stouznudignern gelandet wurde. Weitere Abteilungen von anderen Stämmen sollen folgen.

# Abgeordnetenhaus.

## Schluss der zweiten Lesung.

Am Mittwoch hat das Abgeordnetenhaus die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern beendet. Aus der Diskussion sind besonders zwei Punkte hervorzuhelien, die Auseinandersetzung zwischen den Polen und der Regierung, und die Abrechnung unserer Fraktion mit den Unabhängigen. Was den ersten Punkt anbelangt, so wies der Abg. Korianty an der Hand zahlreicher Einzelfälle nach, wie sehr die Polen unter der Herrschaft der Zensur und des Belagerungszustandes zu leiden haben. Der Minister machte sich seine Erwiderng leicht, er erklärte, daß er auf Einzelfälle nicht eingehen könne, da sie ihm vorher nicht mitgeteilt seien, daß er im übrigen auch nicht daran glaube, und für die Maßnahmen der Militärbehörden die Verantwortung ablehnen müsse.

Die Abrechnung mit den Unabhängigen war nötig geworden, weil diese, nachdem sie fortgesetzt ihre Front gegen unsere Fraktion gerichtet hatten, am Tage vorher durch den Mund des Abg. Ad. Hoffmann sich die schwersten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratische Partei geleistet und mit Unwahrheiten der dreifachen Art operiert hatten. Genosse Pirich unterzog sich der ihm gestellten Aufgabe in einer Weise, über die die Unabhängigen aller Voraussicht nach recht wenig erbaut sein dürften. Angenehm sind ja derartige Auseinandersetzungen nicht, unsere Genossen im Landtage haben sie auch nach Möglichkeit vermieden, aber nach den fortgesetzten Herausforderungen der Unabhängigen blieb eben kein anderes Mittel mehr übrig.

Am Donnerstag beginnt die dritte Lesung des Etats.

Genosse Pirich führte aus: Die Gemeinden konnten ihren gewaltigen Aufgaben im Kriege nur gerecht werden durch die Mitarbeit der ehrenamtlichen Kräfte. Zahlreiche Männer und Frauen haben hierbei ihren Bürgerinn bewiesen. Am die großen Aufgaben nach dem Kriege bewältigen zu können, muß das reaktive Wahlrecht beseitigt werden, damit alle Kräfte des ganzen Volkes für das Gemeinwohl herangezogen werden können, und es müssen dann auch die Einschränkungen der Selbstverwaltung fallen. Aber eine freie Gemeinde kann nur wirken in einem freien Staat; deshalb ist das U und O einer jeden Reform der Gemeindeverwaltung die Reform des Landtagswahlrechts, die nur bestehen kann in der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. (Zustimmung links.)

Die Leistungsfähigkeit vieler Gemeinden war schon vor dem Kriege bis nahe an ihre Grenze ausgenutzt, sie ist im Kriege vielfach überschritten worden. Die Vorlegung eines neuen Kommunalabgabengesetzes ist eine Notwendigkeit. Schon bei der Beratung des Zweckverbandesgesetzes haben wir betont, daß das Gesetz seinen Zweck völlig verfehlen wird. Der Bürgerausschuß Groß-Berlin hat jetzt die gleiche Überzeugung ausgesprochen. Mit keinen Änderungen wird nicht Abhilfe geschaffen werden. Eine gründliche Reform ist notwendig, und diese erblicken wir nur in der Eingemeindung.

Der Januarsteil ist hier vielfach als Landesverrat bezeichnet worden; daß er kein Landesverrat war, ist für jeden vorurteilslos Denkenden klar. Der Streit hätte niemals seinen Umfang annehmen können, wenn nicht der Boden dafür vorhanden gewesen wäre. Die Agitation der Vaterlandspartei, gerichtet gegen die Reichssozialdemokratie, die für den Verständigungsfrieden eingetreten war, erbitterte die Massen, zumal die Vaterlandspartei einen Frieden fordert, der nur durch weitere Verlängerung des Krieges und durch Vergrößerung der Last des Rufes ins Unentzählige erreicht werden könne. Aus dem langwierigen Verlauf der Ausdehnungsarbeiten mußte das Volk auch den Grundgedanken gewinnen, daß die Wahlreform verdrängt werde. Dazu kamen noch die Ernährungsschwierigkeiten. Es liegt uns fern, die Landwirtschaft allgemein zu beschuldigen, aber bei den Revisionen sind doch genügend Beweise für Verfehlungen einzelner Landwirte erbracht worden, die man

mit weit mehr Recht als Landesverrat

bezeichnen könnte. Aber da hat kein Reichsanwalt Anklage erhoben. (Sehr wohl! bei den Soz.) Wenn von der Rechten der jehige Zwangsstaat als ein Vorgeschied des sozialistischen Staates bezeichnet wurde, so kann es doch unmöglich einen sozialistischen Staat mit Privateigentum an den Produktionsmitteln geben. Was wir jetzt erleben, sind die staatssozialistischen Maßnahmen, geboren aus der Not der Zeit. — Der Abg. Hoffmann hat meiner Partei Arbeiterverrat vorgeworfen. Mit dem Ausbruch des Streiks hatte die Sozialdemokratie nicht doch geringste zu tun. Die Flugblätter vor Ausbruch des Streiks enthielten die wohlwollenden und heftigsten Beschimpfungen meiner Partei. Obwohl sie mit dem Ausbruch des Streiks nichts zu tun hatte, wendeten sich die Streikenden an den Parteivorstand und dieser hat nur seine Pflicht erfüllt, wenn er in die Streikleitung eingetreten ist. In Bayern hat man uns dafür Dank gewohnt. Während der Staatskrisis des Innern Wallraf nur mit Abgeordneten verhandeln wollte, erklärte sich der Reichskanzler bereit, mit Abgeordneten, mit Vertretern der Generalkommission und mit Vertretern der Streikenden zu verhandeln. Die Weigerung der Unabhängigen, mit der Generalkommission gemeinsam zu verhandeln, bereitete einen Erfolg des Streiks.

Ein eigenartiges Schicksal ist die Unabhängigen wider es übrigens, daß sie, die uns Regierungsozialisten nennen, wohl mit der Regierung, aber nicht mit der Generalkommission verhandeln wollten. Angehts dieser den Tatsachen entsprechenden Schilderung ist es ein starkes Stück, wenn Herr Hoffmann uns Arbeiterverrat vorzuwerfen mag. (Leb. Zustimmung bei den Soz.)

Und nun noch ein Wort an Herrn Hoffmann und seine Freunde. Es ist das keine angenehme Aufgabe. Ich habe es trotz aller Pronostikationen bisher vermieden, mich hier mit den Unabhängigen auseinanderzusetzen, denn ich wollte der Welt nicht ein solches Schauspiel geben. Wenn ich heute diesen Grundsat untreu werde, so weil die gestrigen Ausführungen des Herrn Hoffmann mich dazu zwingen. Er hat sich gestern selbst übertrumpft. (Sehr wohl!) In dem Leipziger Allerlei (Heiterkeit), das er uns aufgeschickt hat, hat er sich als Prediger der Wahrheit hingestellt. Möglich, daß er den Mut hat, dem König die Wahrheit zu sagen, was er dem Hause gesagt hat, ist das Gegenteil von Wahrheit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich wurde bei seinen Ausführungen unwillkürlich an das Leffingische Wort erinnert, daß die Menschen am meisten von den Tugenden sprechen, die sie nicht besitzen. (Sehr gut! links.) Er wagte zu behaupten, die Wahlrechtsvorlage sei in der Kommission von allen einmütlich der Regierungsozialisten verhandelt worden. Das ist eine große Unwahrheit. (Zuruf des Abg. Braun: Eine Lüge!) Wir sind in der Kommission eingetreten für die Erweiterung des Wahlrechts, für die Herabsetzung der Altersgrenze, für das Frauenwahlrecht, für Beseitigung des Herrenhauses, für die Gewährung von Sitz und Stimme an Arbeiter. Auch die Unabhängigen hätten, wenn sie in der Kommission vertreten gewesen wären und die Interessen der Arbeiter hätten wahrnehmen wollen, eine andere Taktik gar nicht einschlagen können. Herr Hoffmann kennt nicht weder den Verlauf der Kommissionsverhandlungen nicht oder er spricht wider besseres Wissen. (Lebhafte Zustimmung links.) Hier im Plenum haben übrigens die Unabhängigen in der Wahlrechtsfrage ebenfalls geteilt wie wir, nur in der Frage des Wahlrechts als höchsten haben sie eine andere Stellung eingenommen und außerdem haben sie gegen die Zusatzpunkte für die Kriegsteilnehmer gestimmt. (Laut! links.) Herr Hoffmann jagte weiter, wir wollten um um seinen Preis auszuhalten lassen,

fordern wir nehmen alle reaktionären Zumutungen hin. Was haben wir hingenommen? Haben wir nicht im Gegenteil alles getan, um die Reaktion zu bekämpfen? (Sehr wahr! links.) Aber wo waren die Unabhängigen, als es galt, die Not des Volkes zu lindern? Was haben Sie getan, um den Frieden herbeizuführen? (Arm in Arm mit den Konventionen haben Sie gegen die Friedensresolution gestimmt, zusammen mit den Konventionen haben Sie gegen die erste Kriegsgewinnsteuer und gegen die Novelle zum Versteuergesetz gestimmt.)

Das sind Tatsachen. Und angesichts dieser Tatsachen hat Herr Hoffmann, nachdem er Behauptungen aufgestellt hat, die mit der Wahrheit nicht in Einklang zu bringen sind, noch den Mut, sich als Apostel der Wahrheit hinzustellen. Es wäre ja verlockend, mich noch weiter mit Herrn Hoffmann zu beschäftigen. Wenn ich das nicht tue, so geschieht das aus Gründen politischer Nützlichkeit. (Sehr gut! bei den Soz.) Wer meine Freunde, wie es Herr Hoffmann gestern getan hat, der Zuhalterei bezichtigt, wer davon spricht, daß wir das laubere Geschäft betreiben, den Herzhenden bei der Vermogeluna der Arbeiter Selbstbedienste zu leisten, mer uns vorwirft, wir hätten Hehlerdienste geleistet, wir hätten bei der Vermogeluna der Arbeiter Schmiere gestanden und wer sich ähnlicher Ausdrücke bedient, die dem Kaiserlichen Majorat entstammen, der zeigt damit, daß er wirklich

### unabhängig von jeder Herkunft

ist oder daß er seinen Groll darin erblickt, sich in Geschwätzigkeit von niemand übertrumpfen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das eine aber sollte auch Herr Hoffmann einsehen, daß es nichts Törichteres und nichts Verbrecherisches gibt, als in der heutigen Zeit, wo es gilt eine gemeinsame Front gegen die Reaktion zu bilden, fortgesetzt gegen links zu kämpfen. Anstatt dafür zu sorgen, daß alle Freunde wirklichen Fortschritts und wirklicher Freiheit sich zu einer einheitlichen Front zusammenschließen, leistet er Herrn u. Hehlerbrand Vorkühnen. Diese Taktik haben Herr Hoffmann und seine Freunde in allen Wahlrechtsdebatten befolgt, diese Taktik haben sie gestern befolgt, diese Taktik befolgen sie bei jeder Gelegenheit. Nicht genug damit, daß sie die moderne Arbeiterbewegung gespalten haben, befragen sie auch jetzt noch fortgesetzt die Gesinnung der Reaktion. Daß die Arbeiter dafür kein Verständnis haben, zeigen die Wahlergebnisse. Die Arbeiter wenden sich von Ihnen ab, weil sie politisch reifer sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nur weiter so. Die Früchte werden nicht ausbleiben. Am übrigen mögen Sie von jetzt an gegen meine Freunde und mich sagen, was Sie wollen. Ich halte es mit dem Dichter:

Reißt nur zu,  
Reißt im tiefsten Seelengrunde  
Reißt mir in der hängsten Stunde  
Unerfüllterische Ruh!

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

## Bayern und die direkten Reichssteuern.

In der Mittwochssitzung der Abgeordnetenkammer führte Finanzminister von Braunig bei der Beratung über die Gesetzentwürfe zur Reform der direkten Steuern u. a. aus: Das erste Ziel die Position der bayerischen Regierung auf dem Gebiet der direkten Besteuerung angesichts der Besteuerung im Reich zu sichern, sei durch die neue Vorlage in hohem Maße erreicht. Unter den der bayerischen Regierung vorbehaltenen Steuern verstehe er das Gebiet der direkten Steuern d. h. der fortlaufend zur Erhebung gelangenden Einkommensteuer, der Ertrags- und Vermögenssteuer in der bisherigen bundesstaatlichen Ordnung. Einer Ergänzung und den weiteren Ausbau etwa der Ertragssteuer, des Wehrbeitrages, der Zusatzsteuer sowie der Kriegsteuer durchs Reich, ohne daß dabei in das Gebiet der direkten Steuern der Bundesstaaten eingegriffen wird, werde aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwer mit Erfolg entgegengetreten werden könne. Er hoffe aber, daß weitere Hebergriffe des Reichs auf ein Gebiet, welches wie bei der geplanten Mehrereinkommensteuer und einer Abgabe von den größeren Vermögen in enger Beziehung zur direkten bundesstaatlichen Besteuerung gehört, zukünftig unterbleiben.

## Das Schicksal Elsaß-Lothringens.

In der württembergischen Abgeordnetenkammer ging der nationalliberale Abgeordnete Hieber als Berichterstatter auch auf die Elsaß-lothringische Frage ein und führte u. a. aus: „Wie im Vorjahr war der Finanzausschuß darin einig, daß eine Aufreilung der Reichslande unter den beiden größten Bundesstaaten den höheren Interessen des Deutschen Reichs widersprechen und weder den Interessen der Reichslande noch denjenigen der Bundesstaaten entsprechend würde. Der Ministerpräsident hatte mitgeteilt, daß ein bestimmter Plan noch nicht vorliege und daß die württembergische Regierung, wenn einmal ein solcher vorliege, im Bundesrat dazu nicht Stellung nehmen werde, ohne vorher Pählung mit den Landesständen zu nehmen. Dabei hatte der Ministerpräsident gleichfalls gegen die eben erwähnte Art der Lösung ernsthafte Bedenken geltend gemacht. Im Zusammenhang mit der Besprechung dieser Frage wurde vom Abgeordneten Hausmann der Antrag gestellt und einstimmig angenommen und wird auch von mir zur Annahme im Plenum empfohlen: Die königliche Regierung zu ersuchen dahin zu wirken, daß bei der Handhabung der Zensur, insbesondere auch in Ansehung der öffentlichen Besprechung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Reichslande eine gleichartige Behandlung eintritt.“

## Wenn man der Graf Schwerin ist. . .

In Schwargenau (Provinz Posen) erreichte am Sonnabend, den 8. Juni, folgender Vorfall nicht geringes Aufsehen: Am Bahnhof Schwargenau hatte eine Landsturmpatronisse den Auftrag, die Gepäckstücke der abfahrenden Reisenden auf Lebensmittel zu untersuchen. Kurz vor Abgang des Zuges traf noch ein Wagen mit mehreren Gepäckstücken ein, deren eines schon äußerlich auf Fleischinhalt schlichen ließ, denn es zeigte frisches Blut durch die Ritzen. Die diensthabenden Soldaten G. und O. verlangten Öffnung. In diesem Augenblick trat ein Herr hinzu und erklärte: „Ich gestalte die Durchsuchung meines Gepäcks auf keinen Fall. Ich bin der Graf Schwerin und stellvertretender Landrat.“ Als sich der Posten, seiner Pflicht gemäß, hierdurch nicht imponieren ließ, fragte der Graf weiter: „Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, die Sachen zu untersuchen?“ Antwort: „Der Herr Distriktskommissar Severin in Schwargenau.“ — „Dann werde ich den Herrn Distriktskommissar anrufen.“ Dies geschah, und siehe da, der Herr Distriktskommissar erteilte dem Posten den „Befehl“, den Herrn Grafen unbedenklich abreisen zu lassen.

Vor dem Gescheh sind zwar alle Preußen gleich, aber wie man sieht, kann es trotzdem nicht schaden, wenn man der Graf Schwerin und stellvertretender Landrat ist. Besser ist besser.

# Der Kampf um die Arbeitsstelle.

## Aus den Archiven eines Unternehmerverbandes.

Ein typisches Beispiel dafür, wie die alten Einrichtungen der einseitigen Beherrschung des Arbeitsmarktes während der Kriegszeit aufrecht erhalten werden, um sofort nach Einleitung der Uebergangswirtschaft mit ungehemmter Kraft den verhassten Gewerkschaften gegenüber als Sortierarbeit für „willige“ und „zuverlässige“ Arbeitskräfte zur Auswirkung zu kommen, bietet der Arbeitsnachweis der Berliner Metallindustriellen. In das innere Getriebe dieses Arbeitsnachweises führt folgender Kufflag von Richard Woldt:

In der Wusterhausen Straße findet in einem Zimmer des Verbandes Berliner Metallindustriellen eine Konferenz statt. Einige Unternehmungen haben sich während der Kriegszeit dem Verband angeschlossen. Die jetzt einberufene Sitzung soll den Zweck haben, die Einrichtung des Arbeitsnachweises bekanntzugeben. Der Verbandshandels gibt in einem kurzen einleitenden Vortrag folgende Informationen:

„Meine Herren! Die Einrichtung unseres Arbeitsnachweises hat den Zweck, unseren Mitgliedern als Kampfmaßregel gegen die Gewerkschaften zu dienen. Wenn auch jetzt während des Krieges die Arbeiterfrage besonders unglücklich liegt, so ist das kein bleibender Zustand. Mit der Beendigung des Krieges wird das Arbeiterangebot wieder steigen, es werden manche Konzeptionen nicht mehr notwendig sein, die wir jetzt noch machen müssen. Inzwischen ist die Einrichtung unseres Arbeitsnachweises weiter zu erhalten und auszubauen.“

„Der ideale Zweck wird erreicht, wenn wir eine Auslese der Berufsfähigen und für uns zuverläßlichen Arbeitskräfte schaffen. Der Arbeitsnachweis ist für unsere Mitglieder eine notwendige und segensreiche Einrichtung, die unserem Verbands angeschlossenen Betriebe haben uns also in ihrem eigenen Interesse weitgehend zu unterstützen. Es muß erreicht werden, daß kein Arbeiter und keine Arbeiterin in Ihrem Betriebe beschäftigt wird, die nicht in unserem Arbeitsnachweis zur Anmeldung kommt. Deshalb wird bei uns eine sorgfältig aufgebaute Kartothek mit Kontrolle geführt.“

Und nun beschreibt der Geschäftsführer den anzuwendenden Firmenvertretern die Wirkungsweise des Arbeitsnachweises an der Hand von Formularen. Jeder Bedarf an Arbeitskräften wird von den einzelnen Firmen dem Arbeitsnachweis mitgeteilt. Von hier aus bemüht man sich, die offenen Stellen zu besetzen. Durch Inserate in der Tagespresse (in sozialdemokratischen Zeitungen wird grundsätzlich nicht amonciert) und sonstige Bekanntmachungen sucht der Arbeitsnachweis sich immer ein möglichst großes Angebot von Arbeitskräften zu sichern. In bestimmten Geschäftsstunden des Tages kann von den Arbeitssuchenden die Anmeldung erfolgen. Männliche und weibliche Arbeitssuchende haben getrennte Abfertigungstische. Große Wartefälle sind vorgelesen, die auch in Zeiten niedrigerer Konjunktur und umfangreicher Arbeitslosigkeit besonders stark besetzt sind.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die sich melden, gelangen nun in das Räderwerk jedes Sortierapparates. Es wird zunächst eine Personalkarte ausgeschrieben und aufbewahrt. Darin ist nach den vorgelegten Invalidenkarten, Arbeitsbüchern und sonstigen Papieren Name, Beruf, Wohnung, Geburtsdatum usw. genau vermerkt. Dem Arbeitssuchenden selbst wird eine Arbeitervermittlungskarte oder ein Arbeitsnachweis-Schein ausgestellt. Er wird zu einer bestimmten Firma, die offene Stellen gemeldet hat, hingeschickt. Dort hat er sich vorzustellen. Wird er angenommen, dann geht der Nachweis-Schein von der Firma selbst, mit entsprechenden Bemerkungen versehen, an den Arbeitsnachweis zurück. Wird der Arbeiter nicht eingestellt, dann hat er mindestens am nächsten Tag mit dem Schein sich wieder im Arbeitsnachweis zu melden. Ebenso liegen die Vorschriften, wenn er vom Nachweis zur freien Anfrage bei bestimmten Firmen sich einzufinden hat.

Scheinbar harmlos steht der Schein aus, mit dem sich der Arbeiter auf die Arbeitsstelle begibt. Er list darauf seinen Namen, seine Personalien und den Namen der Firma, wo er sich vorstellen soll. In Wirklichkeit hat ihn schon die Kontrollmaschine längst erfasst. In der Kartothek des Arbeitsnachweises ist auf seiner Personalkarte, die für ihn eine Art polizeiliches Führungsblattes wird, genau vermerkt, an welchen Tagen er sich zur Arbeitsnachfrage gestellt hat, bei welchen Firmen von ihm keine Anfrage und Vorstellung erfolgte, wo er nachher Arbeit gefunden und wie lange er auf jeder Arbeitsstelle gewesen ist.

Denn, wenn er von einer Verbandsfirma eingestellt worden ist, muß diese ebenfalls Berichte an den Arbeitsnachweis schicken. Das ist genau vorgeschrieben und entsprechende Formulare sind auszufüllen. Wenn nun der Arbeiter nach einiger Zeit die Arbeitsstelle wieder verläßt oder entlassen wird, ist er dadurch der weiteren Kontrolle durch den Arbeitsnachweis längst nicht entgangen. Am nächsten Tage seines Austrittes weiß das schon der Arbeitsnachweis, die betreffende Firma hat das mitgeteilt und auf seiner Personalkarte ist ein Vermerk gemacht. Auch die Gründe seines Austritts, sofern sie den Verband interessieren, erhält der Arbeitsnachweis zur Kenntnis. Dafür enthalten die Berichtformulare die Rubrik „Bemerkungen“. Es genügt eine Zeilenprobe, ein kurzes „Antwort“, um den „Herrn“, den Sozialdemokraten oder den „zuverlässigen“ (wirtschaftsriedlichen) Arbeiter zu charakterisieren. Eine für den Arbeiter selbst unsichtbare Kontrolle waltet also über sein Schicksal. Und hier beginnt für den Arbeiter selbst die schändliche Wirkung der ganzen von den Unternehmern einseitig gehandhabten Arbeitsvermittlung. Vor dem Krieg haben wir wiederholt von Regierungsdienten in Reichstagsdebatten die These vertreten gehört, daß in das „freie Spiel der Kräfte“ in den freien Arbeitsvertrag zwischen Arbeiter und Unternehmer Staat und Gesetzgebung nicht eingreifen dürfen. Hier können die Herren Staatssekretäre sich von diesen Dingen neuen praktischen Anschauungsunterricht verschaffen. Sind die Arbeiter und Arbeiterinnen, die wie auf dem Polizeibureau durch den Schalter ihre Papiere hineingeben müssen, ohne zu wissen, welche „Akten“ über sie geführt werden, im Besitze jener Freiheit, darüber selbst zu bestimmen, wo, wie und unter welchen Bedingungen sie ihre Arbeitskraft verlaufen können?

Der Geschäftsführer öffnet einen Kasten eines Kartothekschranke. Er greift willkürlich hinein und zieht die Personalkarte eines Arbeiters heraus. Was können wir nicht alles daraus erfahren! Diese Karte gleicht einem Steckbrief: auf den ersten Blick sieht der Nachweisbeamte, was er für einen Arbeiter vor sich hat.

So zeigt auch dieses Beispiel, welcher Art die Kämpfe sind, die uns mit dem Unternehmertum nach der Einleitung der Uebergangswirtschaft bevorstehen. Die von den Unternehmerverbänden bereits überaus gegründeten Arbeitsnachweise wird man als Sortierstationen und Maßregelungsbureaus weiter zu führen versuchen. Vorausgesetzt, daß es den Arbeitern nicht gelingt, auf Grund ihrer einheitlich politischen Frontstellung und ihrer wirtschaftlichen Geschlossenheit mit den Dingen fertig zu werden.

## Parteinachrichten.

### Die Freude der Gegner.

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet triumphierend: Der Rückgang der sozialdemokratischen Organisation im Reichstagswahlkreis Solingen, der immer als eine Hochburg der Sozialdemokraten gegolten hat, erhält aus Zahlen, die bei der Mitgliederberammlung des sozialdemokratischen Volksvereins (N. S.) gegeben wurden. Weibe sozialdemokratische Parteigruppen zählten 1918 zusammen nur 857 Mitglieder, gegen 5000 der noch nicht gespaltenen Partei im Jahre 1914. Die unabhängigen Sozialdemokraten im Reichstagswahlkreis Solingen haben erklärt, den gegenwärtigen Abgeordneten Philipp Scheidemann nicht wiederwählen zu wollen. Ihre Hauptversammlung beschloß, die Kandidatenfrage zum Reichstag und Landtag vorzubereiten und der nächsten Kreis-Generalsammlung Vorschläge zu unterbreiten.

# Gewerkschaftsbewegung

## Verbandstag

### der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter.

Am Mittwoch wurde in geschlossener Sitzung die Aussprache über die Tariffrage fortgesetzt und beendet. Die Verhandlungsvorgänge, Frau Thiele, betonte im Schlusswort, daß in dieser Angelegenheit vollkommene Uebereinstimmung herrsche. Alle örtlichen Wünsche seien zurückgetreten hinter dem großen Gedanken, für die Allgemeinheit der Hilfsarbeiter bessere Verhältnisse zu schaffen, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß sie den heutigen Lebensbedingungen gerecht werden. Die Einmütigkeit, welche hier zu Tage getreten sei, gebe die Gewähr dafür, daß die berechtigten Forderungen der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erfüllt werden.

Die Stellung des Verbandstages kam zum Ausdruck durch die einstimmige Annahme folgender Resolution:

Der in Berlin tagende Zweite außerordentliche Verbandstag des Bundes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands dokumentiert, daß der Verband in mehr als zehnjährigem Bestehen mit Ernst und Eifer bemüht war, für das Hilfspersonal der Buchdruckereien ein den Frieden im Gewerbe dienendes Tarifverhältnis zu schaffen. An dem ablehnenden Verhalten des Deutschen Buchdruckervereins scheiterten diesbezügliche Bestrebungen.

Der Verbandstag als Vertretung des organisierten Hilfspersonals der Buchdruckereien lehnt daher ab, weitere Bemühungen nach dieser Richtung zu entfalten und beauftragt den Verbandsvorstand, vor dem 1. Juli die „Allgemeinen Bestimmungen“ für das Hilfspersonal sowie den mit dem D. B. V. geschlossenen Pachtungsvertrag zu kündigen.

Nach wie vor auf dem Boden stehend, daß Tarifverträge dem gewerblichen Frieden dienen, überläßt der Verbandstag es den einzelnen Zahlstellen, mit den örtlichen Prinzipalorganisationen entweder neue, der Zeit entsprechende Vereinbarungen zu treffen, oder die Konjunkturverhältnisse zur Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen.

Der Verbandstag beauftragt den Zentralvorstand, in allen Orten Deutschlands dem Buchdruckerhilfspersonal fortlaufend die nach Serviceklassen gerechneten Löhne und Feuerungszulagen, wie sie dem Personal gebühren würden, bekannt zu geben und daselbst zur Erreichung dieses Verdienstes zum Anschluß an den Verband aufzufordern.

Der Verbandstag dankt dem Verbande der Deutschen Buchdrucker für den auf seine letzte Generalversammlung in Würzburg gefassten Beschluß, „Allgemeine Bestimmungen“ für männliche und weibliche Buchdruckerhilfsarbeiter als Sonderbestimmung in dem Deutschen Buchdrucker-Tarif beizubehalten, begrüßt denselben als Zeichen sozialen und solidarischen Empfindens.

Der Verbandstag bedauert, wenn die seit Jahren im Gewerbe aufrechterhaltene Ruhe nun in unserem Bestreben, bessere Verhältnisse für das Hilfspersonal zu schaffen, gestört werden sollte, muß aber die Verantwortung hierfür einzig und allein dem D. B. V. überlassen, der in seiner Kurzsichtigkeit und auf diesen Weg drängt.

Der Verbandstag erwartet, daß die organisierten Gelehrten und auch fernerhin ihre Sympathie in unseren Bestrebungen entgegenbringen und bei etwa ausbrechenden Lohnkämpfen sich die Gehilfen nicht herbeilassen, Streikbrecher anzulernen oder Hilfsarbeiten zu verrichten.

Hierauf kam der Verbandstag zur Beratung der Beitrags- und Unterstützungsreform.

Der Kassierer Lodaß gab einen Ueberblick über die derzeitige Finanzlage des Verbandes. — Dann gab Baumgarten von Berlin den Bericht der Kommission, welche die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge vorbereiten hat. Die Kommission empfiehlt eine Herabsetzung der für die sechs Vertragsklassen geltenden Lohnsätze, eine Erhöhung des Beitrages und dementsprechende Veränderungen der Unterstützungsätze.

Die Diskussion über die Kommissionsvorschläge wird am Donnerstag fortgesetzt.

### Die Feuerungszulage der Berliner Zimmerer.

Für die Erneuerung ihres am 31. März d. J. abgelaufenen Tarifvertrages haben die Zimmerer eine Erhöhung ihres Stundenlohnes auf 2 M. gefordert. Ueber diese Forderung ist mehrmals mit der Leitung des Verbandes der Baugeschäfte Groß-Berlins verhandelt worden. Wie der Zahlstellenvorsitzende Witt am Montag in der Zahlstellenversammlung berichtete, haben die Unternehmer die Forderung der Zimmerer abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Maurer nur 1,90 M. gefordert haben und daß ihnen durch Schiedsspruch eine Lohnzulage von zweimal 5 Pf. für die Stunde zugesprochen wurde, so daß sie vom 15. Juni ab 1,70 M. und vom 2. November ab 1,75 M. erhalten. Da die Unternehmer grundsätzlich für einheitliche Löhne seien, so könnten sie den Zimmerern nicht mehr bewilligen als wie die Maurer erhalten. Die Vertreter des Zimmererverbandes haben dies Angebot als unannehmbar erklärt und die Entscheidung des Einigungsamts angetragen, wo sie zur Begründung ihrer Forderung ausführten, daß sie außer den erhöhten Ausgaben für Lebensmittel noch besondere Aufwendungen haben für Werkzeug, was sehr hoch im Preise gestiegen sei, und daß sie bei der Arbeit einen besonders hohen Verbrauch an Kleidung haben, die ja jetzt fabelhaft teuer sei. — Das Einigungsamt hat darauf folgenden Schiedsspruch gefaßt:

1. Der alte Tarifvertrag zwischen dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin G. V. und dem Zentralverband der Zimmerer, Pächterverein Berlin, tritt wieder in Kraft und gilt bis zum 31. März 1919.

2. Für die Dauer des Vertrages wird der Kriegssteuerzuschlag so bemessen, daß unter Zugrundelegung des bisherigen Tariflohnes Zimmerleute für die Arbeitsstunde vom 15. Juni 1918 ab mit 1,70 M., vom 2. November 1918 ab mit 1,75 M. zu entlohnen sind.

Kuherdem wird vom 15. Juni ab den Zimmerern für die ihnen aus ihrem Verufe erwachsenden besonderen Aufwendungen, wie Kleidung, Schuhzeug, Handwerkzeug usw. eine besondere Feuerungszulage von 0,15 M. (fünfzehn Pfennige) für die geleistete Arbeitsstunde gewährt.

3. Die Vertragsparteien verpflichten sich, für die strikte Einhaltung aller Vertragsbestimmungen, namentlich der vereinbarten Lohnsätze, einzutreten.

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß das Fordern und Anbieten höherer oder niedrigerer Lohnsätze, als im Vertrag vereinbart, als Vertragsverletzung gilt.

Wird einer Vertragspartei eine Vertragsverletzung bekannt, so hat sie dies pflichtgemäß der anderen Vertragspartei umgehend mitzuteilen, und haben Veräußerliche beider Parteien gemeinsam Abhilfe zu schaffen. Gelingt dies nicht, so ist der Fall der Schlichtungskommission zur weiteren Regelung zu überweisen.

Witt erörterte die Gründe, die für und gegen die Annahme des Schiedsspruches geltend gemacht werden können. Er kam zu dem Schluß, daß einer tariflosen Zeit, in der weder Arbeiter noch Unter-

nehmer an bestimmte Lohnsätze gebunden sind, die Erneuerung des Vertrages zu den im Schiedsspruch niedergelegten Bedingungen vorzuziehen ist, denn sie bringt dem größten Teil der Zimmerer eine Lohnerhöhung von 25 Pf. für die Stunde. Weiter teilte der Kassierer mit, daß über die Auslegung des Passus 3 des Schiedsspruches eine erneute Aussprache mit der Leitung des Verbandes der Baugeschäfte stattgefunden hat. Diese sieht auf dem Standpunkt, daß nunmehr einheitliche Löhne herrschen, also höhere Löhne als die im Schiedsspruch festgesetzten, herabzusetzen sind. Die Vertreter der Arbeiter hielten demgegenüber an dem Standpunkt fest, daß höhere Löhne nicht gekürzt werden dürfen und der Wortlaut des Schiedsspruches dieser Forderung nicht entgegenstehe. Einverstanden könnten sich die Arbeiter nur damit erklären, daß der Tariflohn als Einstellungslohn zu gelten habe. — Eine Verständigung über diesen Differenzpunkt konnte nicht erzielt werden. Das kann aber — wie Witt betonte — die Zimmerer nicht hindern, dem Schiedsspruch zuzustimmen. Wenn sich wegen der erwähnten Meinungsverschiedenheit Differenzen ergeben, dann muß die Schlichtungskommission darüber entscheiden.

Nach einer längeren Diskussion, in der das Für und Wider eingehend erörtert wurde, nahm die Versammlung den Schiedsspruch mit allen gegen sechs Stimmen an.

Der Vertreter der Scheidemandel-Akt.-Ges., Dr. Münz, sendet uns eine ziemlich lange Erklärung, in der er sich vor allem ausführlich mit den Personalverhältnissen des ausgegrenzten Beamten Göbke beschäftigt. Da dieser Herr für die Beurteilung der Affäre nur eine nebensächliche Rolle spielt, so genügt es, aus der Darstellung des Rechtsanwalts der Scheidemandel-Gesellschaft hervorzuheben:

Die Scheidemandel-A. G. behauptet, daß Herr Göbke weder von ihr, noch von der Concerns G. m. b. H. zur Zurückziehung seiner Kündigung veranlaßt worden sei. Dagegen habe der Kriegsausschuß für Dele und Fette Herrn Göbke vorgeschlagen, mit etwas erhöhtem Gehalt in seine Dienste zu treten. Angesichts der ganzen Sachlage ist aber der tatsächliche Unterschied nicht sehr erheblich, und es ist im Grunde gleichgültig, ob die Scheidemandel-Gesellschaft oder der Kriegsausschuß für Dele und Fette besonderes Interesse an den Leistungen des Herrn Göbke gezeigt hat.

Die Scheidemandel-Gesellschaft legt ein großes Gewicht darauf, daß sie selbst die unrichtige Meldung über die Knocheneingänge korrigiert habe, und daß die Anzeige wegen unrichtiger Preisberechnung auf der Unkenntnis des Herrn Göbke von den zwischen den Fabrikanten der Knochenindustrie getroffenen, seit zehn Jahren bestehenden Vereinbarungen beruhe. Sodann fährt die Zuschrift fort:

„Von einer Verwendung von zur Speisefettgewinnung dienenden Knochen zu rentablen Zwecken enthält die Zuschrift der Staatsanwaltschaft des königlichen Landgerichts III, nicht wie Sie irrtümlich angeben Landgerichts I, nichts.“

Bei der Angabe, daß die Scheidemandel-Gesellschaft ihren Tiefpunkt im Jahre 1915 in so fabelhaft kurzer Zeit so glänzend überwinden konnte, darf ich darauf aufmerksam machen, daß die Gesellschaft auch in früheren Jahren sehr gut prosperiert hat und a. W. von 1898 bis 1903 5 Jahre lang hintereinander je 18 Proz., und vom Jahre 1909 bis 1912 3 Jahre lang hintereinander je 15 Proz. verdiente, während sich die übrigen Dividendenverteilungen auf 6, 9, 10, 12 Proz. usw. hielten. Die Rekonstruktion der Gesellschaft ist seinerzeit dadurch ermöglicht

worden, daß die Aktionäre 8 250 000 M. neues Kapital zugezahlt haben.

Die Verteidigung der irreführenden, anscheinend von Herrn Rechtsanwalt Dr. Werthauer, der übrigens Rechtsbeistand verschiedener dem sogenannten Autoflavenverbände, einer Konkurrenz der legitimen Knochenindustrie angehörigen Firmen und Persönlichkeiten ist, herrührenden Angaben über das Verhältnis von Beamten der Scheidemandel-Gesellschaft zu dem Kriegsausschuß für Dele und Fette möchte ich dem Kriegsausschuß für Dele und Fette nicht vorwegnehmen.“

Der Rechtsanwalt der Scheidemandel-Gesellschaft hat in seiner Zuschrift veräußert, die von uns als wünschenswert bezeichneten Aufklärungen über die Dauer der versehentlichen Verwendung eines unrichtigen Formulars und über den tatsächlichen Umfang der zu Unrecht erfolgten Knocheneingänge Mitteilung zu machen. Man wird daher bis auf weiteres annehmen dürfen, daß die Angabe der „Vossischen Zeitung“, es handle sich um 212 Waggons, richtig ist.

Die Verungung auf frühere günstige Geschäftsergebnisse scheint uns nicht berechtigt, da die in diesen letzten Jahren aufgeschichteten Reserven durch den finanziellen Zusammenbruch der Gesellschaft im Jahre 1915 aufgezehrt worden sind. Der Ausschuss der Scheidemandel-Gesellschaft in den zwei Jahren 1915/17 war so groß, daß er in jedem Falle eine genaue Kontrolle darüber erheischt, ob nicht mindestens die für die Produkte der Gesellschaft festgesetzten Höchstpreise zu hoch angesetzt waren.

Der Vertreter der Scheidemandel-Gesellschaft spielt zum Schluß auf die sehr rührige Agitation der Autoflavenbesitzer an, die in scharfer Konkurrenz zur Scheidemandel-Gesellschaft stehen. Wir lehnen es ab, mit dem vom Grafen Oppersdorf geführten Verbände der Autoflavenbesitzer verwechselt zu werden.

Neben der Prüfung der Gewinnergebnisse der Scheidemandel-Gesellschaft steht weitans im Vorder- und die Frage nach dem Verhältnis dieser Gesellschaft zu dem Kriegsausschuß für Dele und Fette. Abgesehen von der unrichtigen Angabe der Knocheneingänge ist der Fall Göbke lediglich deswegen von Bedeutung, weil er die Öffentlichkeit und besonders auch den Reichstag zwingt, sich mit dem Grundproblem, nämlich dem Verhältnis der Scheidemandel-Gesellschaft zu dem Kriegsausschuß für Dele und Fette, zu befassen. Schon gestern wurde auf diesen Blättern einer Erklärung des Kriegsausschusses für Dele und Fette als der Erklärung einer angegriffenen Partei nur ein bedingter Wert zugesprochen. Es ist Aufgabe des Reichswirtschaftsamtes, sich sofort über die Zusammensetzung und Tätigkeit dieses Ausschusses ausführlich zu äußern, wobei vielleicht auch der viel bemerzte Abgang seines Vorsitzenden des Direktors der Deutschen Bank, Gerichtsaffessors Kurt Weigelt, mit einigen Worten zu streifen wäre.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu dem Verhältnis des Kriegsausschusses für Dele und Fette zu der Scheidemandel-A. G.:

„Die Behauptung, daß in der Knochenstelle des Kriegsausschusses für Dele und Fette zum großen Teil Angestellte des Scheidemandel-Konzerns beschäftigt wurden, darf wohl als richtig betrachtet werden. Trifft dies zu, so liegt hier ein Fall außerordentlich bedenklicher Interessenkollision vor. Es ist ein ganz ungebührlicher Zustand, daß eine Privatgesellschaft Beamte einer amtlichen Stelle bezahlt, der die Aufgabe obliegt, diese Gesellschaft zu kontrollieren, die Interessen des Staates ihr gegenüber wahrzunehmen sowie ihre Interessen gegenüber denen der anderen Unternehmungen derselben Industrie abzustimmen. Es klingt kaum glaublich, daß der Beamte der Knochenstelle, der die Aufstellungen der Scheidemandel-Gesellschaft nachzuprüfen hatte, von dem Scheidemandel-Konzern sein Gehalt bezog. Die Kritik, die sich gegen ein solches Verfahren richten muß, trifft allerdings nicht nur den Scheidemandel-Konzern, sondern in noch viel höherem Grade diejenigen behördlichen Instanzen, die für die Organisation der Knochenstelle des Kriegsausschusses für Dele und Fette verantwortlich sind. Diese hatten die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Knochenstelle als amtliches Organ eine Verfassung erhielt, die ihre Unabhängigkeit gegenüber den verschiedenen privatindustriellen Verbänden gewährleistete. Eine Vorsicht gegenüber dem Scheidemandel-Konzern wäre um so mehr am Platze gewesen, als bekannt war und auch den verantwortlichen Behörden bekannt sein mußte, daß die Scheidemandel-Gesellschaft bereits früher eine monopolistische Beherrschung der Knochenverwertungsindustrie angestrebt hatte, und daß die bisher noch frei gebliebenen Konkurrenzunternehmen in einem scharfen Gegenatz zu ihr standen.“

Für die Organisation des Kriegsausschusses für Dele und Fette ist das Reichsamt des Innern verantwortlich, das damals unter der Leitung Dr. Helfferichs, des ehemaligen Direktors der Deutschen Bank, stand. Seither sind die Aufsichtsbefugnisse auf das Reichswirtschaftsamt übergegangen.

Verantwortlich für Politik: Erich Ruttner, Berlin; für den ständigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Vordrucks-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3. 61erz 1. Beilage.

Was Gold befallt,  
verkümmert die Hände.  
L. W. W. W.

## Am Scheidemandel.

Der Vertreter der Scheidemandel-Akt.-Ges., Dr. Münz, sendet uns eine ziemlich lange Erklärung, in der er sich vor allem ausführlich mit den Personalverhältnissen des ausgegrenzten Beamten Göbke beschäftigt. Da dieser Herr für die Beurteilung der Affäre nur eine nebensächliche Rolle spielt, so genügt es, aus der Darstellung des Rechtsanwalts der Scheidemandel-Gesellschaft hervorzuheben:

Die Scheidemandel-A. G. behauptet, daß Herr Göbke weder von ihr, noch von der Concerns G. m. b. H. zur Zurückziehung seiner Kündigung veranlaßt worden sei. Dagegen habe der Kriegsausschuß für Dele und Fette Herrn Göbke vorgeschlagen, mit etwas erhöhtem Gehalt in seine Dienste zu treten. Angesichts der ganzen Sachlage ist aber der tatsächliche Unterschied nicht sehr erheblich, und es ist im Grunde gleichgültig, ob die Scheidemandel-Gesellschaft oder der Kriegsausschuß für Dele und Fette besonderes Interesse an den Leistungen des Herrn Göbke gezeigt hat.

Die Scheidemandel-Gesellschaft legt ein großes Gewicht darauf, daß sie selbst die unrichtige Meldung über die Knocheneingänge korrigiert habe, und daß die Anzeige wegen unrichtiger Preisberechnung auf der Unkenntnis des Herrn Göbke von den zwischen den Fabrikanten der Knochenindustrie getroffenen, seit zehn Jahren bestehenden Vereinbarungen beruhe. Sodann fährt die Zuschrift fort:

„Von einer Verwendung von zur Speisefettgewinnung dienenden Knochen zu rentablen Zwecken enthält die Zuschrift der Staatsanwaltschaft des königlichen Landgerichts III, nicht wie Sie irrtümlich angeben Landgerichts I, nichts.“

Bei der Angabe, daß die Scheidemandel-Gesellschaft ihren Tiefpunkt im Jahre 1915 in so fabelhaft kurzer Zeit so glänzend überwinden konnte, darf ich darauf aufmerksam machen, daß die Gesellschaft auch in früheren Jahren sehr gut prosperiert hat und a. W. von 1898 bis 1903 5 Jahre lang hintereinander je 18 Proz., und vom Jahre 1909 bis 1912 3 Jahre lang hintereinander je 15 Proz. verdiente, während sich die übrigen Dividendenverteilungen auf 6, 9, 10, 12 Proz. usw. hielten. Die Rekonstruktion der Gesellschaft ist seinerzeit dadurch ermöglicht

worden, daß die Aktionäre 8 250 000 M. neues Kapital zugezahlt haben.

Die Verteidigung der irreführenden, anscheinend von Herrn Rechtsanwalt Dr. Werthauer, der übrigens Rechtsbeistand verschiedener dem sogenannten Autoflavenverbände, einer Konkurrenz der legitimen Knochenindustrie angehörigen Firmen und Persönlichkeiten ist, herrührenden Angaben über das Verhältnis von Beamten der Scheidemandel-Gesellschaft zu dem Kriegsausschuß für Dele und Fette möchte ich dem Kriegsausschuß für Dele und Fette nicht vorwegnehmen.“

Der Rechtsanwalt der Scheidemandel-Gesellschaft hat in seiner Zuschrift veräußert, die von uns als wünschenswert bezeichneten Aufklärungen über die Dauer der versehentlichen Verwendung eines unrichtigen Formulars und über den tatsächlichen Umfang der zu Unrecht erfolgten Knocheneingänge Mitteilung zu machen. Man wird daher bis auf weiteres annehmen dürfen, daß die Angabe der „Vossischen Zeitung“, es handle sich um 212 Waggons, richtig ist.

Die Verungung auf frühere günstige Geschäftsergebnisse scheint uns nicht berechtigt, da die in diesen letzten Jahren aufgeschichteten Reserven durch den finanziellen Zusammenbruch der Gesellschaft im Jahre 1915 aufgezehrt worden sind. Der Ausschuss der Scheidemandel-Gesellschaft in den zwei Jahren 1915/17 war so groß, daß er in jedem Falle eine genaue Kontrolle darüber erheischt, ob nicht mindestens die für die Produkte der Gesellschaft festgesetzten Höchstpreise zu hoch angesetzt waren.

Der Vertreter der Scheidemandel-Gesellschaft spielt zum Schluß auf die sehr rührige Agitation der Autoflavenbesitzer an, die in scharfer Konkurrenz zur Scheidemandel-Gesellschaft stehen. Wir lehnen es ab, mit dem vom Grafen Oppersdorf geführten Verbänden der Autoflavenbesitzer verwechselt zu werden.

Neben der Prüfung der Gewinnergebnisse der Scheidemandel-Gesellschaft steht weitans im Vorder- und die Frage nach dem Verhältnis dieser Gesellschaft zu dem Kriegsausschuß für Dele und Fette. Abgesehen von der unrichtigen Angabe der Knocheneingänge ist der Fall Göbke lediglich deswegen von Bedeutung, weil er die Öffentlichkeit und besonders auch den Reichstag zwingt, sich mit dem Grundproblem, nämlich dem Verhältnis der Scheidemandel-Gesellschaft zu dem Kriegsausschuß für Dele und Fette, zu befassen. Schon gestern wurde auf diesen Blättern einer Erklärung des Kriegsausschusses für Dele und Fette als der Erklärung einer angegriffenen Partei nur ein bedingter Wert zugesprochen. Es ist Aufgabe des Reichswirtschaftsamtes, sich sofort über die Zusammensetzung und Tätigkeit dieses Ausschusses ausführlich zu äußern, wobei vielleicht auch der viel bemerzte Abgang seines Vorsitzenden des Direktors der Deutschen Bank, Gerichtsaffessors Kurt Weigelt, mit einigen Worten zu streifen wäre.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu dem Verhältnis des Kriegsausschusses für Dele und Fette zu der Scheidemandel-A. G.:

„Die Behauptung, daß in der Knochenstelle des Kriegsausschusses für Dele und Fette zum großen Teil Angestellte des Scheidemandel-Konzerns beschäftigt wurden, darf wohl als richtig betrachtet werden. Trifft dies zu, so liegt hier ein Fall außerordentlich bedenklicher Interessenkollision vor. Es ist ein ganz ungebührlicher Zustand, daß eine Privatgesellschaft Beamte einer amtlichen Stelle bezahlt, der die Aufgabe obliegt, diese Gesellschaft zu kontrollieren, die Interessen des Staates ihr gegenüber wahrzunehmen sowie ihre Interessen gegenüber denen der anderen Unternehmungen derselben Industrie abzustimmen. Es klingt kaum glaublich, daß der Beamte der Knochenstelle, der die Aufstellungen der Scheidemandel-Gesellschaft nachzuprüfen hatte, von dem Scheidemandel-Konzern sein Gehalt bezog. Die Kritik, die sich gegen ein solches Verfahren richten muß, trifft allerdings nicht nur den Scheidemandel-Konzern, sondern in noch viel höherem Grade diejenigen behördlichen Instanzen, die für die Organisation der Knochenstelle des Kriegsausschusses für Dele und Fette verantwortlich sind. Diese hatten die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Knochenstelle als amtliches Organ eine Verfassung erhielt, die ihre Unabhängigkeit gegenüber den verschiedenen privatindustriellen Verbänden gewährleistete. Eine Vorsicht gegenüber dem Scheidemandel-Konzern wäre um so mehr am Platze gewesen, als bekannt war und auch den verantwortlichen Behörden bekannt sein mußte, daß die Scheidemandel-Gesellschaft bereits früher eine monopolistische Beherrschung der Knochenverwertungsindustrie angestrebt hatte, und daß die bisher noch frei gebliebenen Konkurrenzunternehmen in einem scharfen Gegenatz zu ihr standen.“

Für die Organisation des Kriegsausschusses für Dele und Fette ist das Reichsamt des Innern verantwortlich, das damals unter der Leitung Dr. Helfferichs, des ehemaligen Direktors der Deutschen Bank, stand. Seither sind die Aufsichtsbefugnisse auf das Reichswirtschaftsamt übergegangen.

Verantwortlich für Politik: Erich Ruttner, Berlin; für den ständigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Vordrucks-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3. 61erz 1. Beilage.

# A. WERTHEIM

## Photographische Artikel

Große Auswahl in sämtlichen photographischen Artikeln

Films, Trockenplatten, Kassetten, Stativ, Taschen für Apparate, Schalen, Albums, Kartons, Chemikalien, Lehrbücher u. s. w.

A. W.-Trockenplatten 9x12 ..... Dtz. 3.60  
Olympia-Celloidin-Papier 9x12, 24 Blatt 1.65  
Olympia-Cell.-Postkarten 10St. 70Pf., 100St. 600

Papiermaché-Schalen ..... 95 Pf. 1.10 1.40  
\*Ernemann-Apparate 6x9 ..... 45.50 56.00  
\*Görz-Apparate 8x10%, mit Dogmar 6,3 270.00  
\*Görz-Apparate 8x10%, mit Syntor 6,8 243.00

Annahme aller Arbeiten für Amateur-Photographie

\* nur Leipzigerstraße

## Reise-Artikel und Lederwaren

	Länge 20	25	30	35	40
Handkoffer, Hartplatten, mit 8 Schutzecken und Schloß	10.50	12.00	13.50	15.00	16.50
Handkoffer mit mattenartigem Bezug, 8 Vulkanfaser-Schutz- ecken, mit Schloß und Leder-Schnallriemen	Länge 40	45	50	55	60
	21.00	24.00	27.00		
Handkoffer aus Fiberplatten, sehr leicht und dauerhaft, mit Schutzbügeln, Schutzecken und Zugschloß	Länge 40	45	50	55	60
	27.50	30.00	32.50		
Bahnkoffer, flache Form, mit braunem, wasser- dichtem Bezug, Schutzbügeln und Schloß	Länge 80	90	100	110	120
	120.00	135.00	150.00	160.00	
Bahnkoffer, höhere Form, mit wasserdichtem Bezug, Schutzbügeln und Schloß	Länge 80	90	100	110	120
	135.00	150.00	165.00	175.00	
Isolierflaschen halten Getränke lange Zeit heiß oder kalt, für 1/2 Liter Inhalt	7.50				
Taschen für Isolierflaschen, Ledertuch	3.50				
Geldtaschen, Leder, in verschiedenen Formen und Lederarten	3.75	4.25	4.75	5.25	5.75 6.75

In der Drogen-Abteilung  
**Künstl. Limonaden-Sirup**  
mit Himbeer-, Zitronen- und Waldmeister-Geschmack  
Flasche 1.60 2.25 2.75

## Optische Artikel

Kompass	1.50
Kompass nachts leuchtend	3.50 4.50 5.50
Schutzbrillen	2.75 3.00 3.25
Schutzkneifer	3.75 4.25
Lorgnetten moderne Formen	von 15.00 an
Krimstecher verschied. Preislagen	von 50.00 an
Plastische Weißbilder	Heft 50 Pf.
Mappe m. 10 Heften	4.50

## Sonnenschirme

Waschschirme weiß, mit reicher Stickerei	24.00
Waschschirme mit farbiger und schwarzer Stickerei	24.00
Sonnenschirme blau und grün mit hübschen Chinérand	28.00
Spazierstöcke mit geflochtenem Leder- kopf und Halter	5.75 8.25

15. Genossenschaftstag.

15 In, 17. Juni.

Der fünfzehnte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine begann heute vormittag hier im Gürzenich bei zahlreicher Beteiligung. Es sind gegen 900 Delegierte und Gäste anwesend.

Als Vorsitzende des Kongresses wurden Varrich (München), Hoffmann (Magdeburg) und Banke (Aöln) bestimmt.

Es folgten dann eine Reihe Begrüßungsansprachen, bei denen der Vorsitzende des Zentralverbandes, Konrad Varrich, besonders das gute Zusammenarbeiten der Genossenschaften verschiedener Richtungen im Kriege hervorhob und den Wunsch nach einem baldigen Frieden zum Ausdruck brachte.

Der Reichstagsabgeordnete von Aöln, Meerfeld, wies in seiner Ansprache auf die ungeheure nationale und wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften hin.

Ohne die Organisation der Genossenschaften könnte das deutsche Volk die Schäden des Krieges nicht überwinden.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung Bericht des Vorstandes

Besprach das geschäftsführende Vorstandsmitglied Heinrich Kaufmann (Hamburg) die Entwicklung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine.

Da wir in unserem Leitartikel am letzten Sonntag diese Entwicklung besprochen haben, können wir die Darlegungen des Redners im wesentlichen übergehen.

Als zukünftige Aufgaben der Konsumgenossenschaften benannte der Redner zunächst die Erweiterung der Warenverteilung auf alle Bedarfsartikel, die bisher durch die preussische Warenhaussteuer in weiten Teilen des Reiches verhindert worden sei.

Gerade die gegenwärtigen Kriegstreiber in Bekleidungsgegenständen, Schuhwaren und Hausstandsartikeln zeigten die Notwendigkeit des Einsetzens einer preisregulierenden Tätigkeit der Konsumvereine.

Diese Erweiterung der Warenverteilung sei die Vorbedingung für die nach dem Kriege so dringend notwendige Schaffung einer wirtschaftlichen Nahrung, darum müßten die preussische Warenhaussteuer und ähnliche Steuern fallen.

Die gute Entwicklung der Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften und ihrer Großeinlaufsgesellschaft während der Kriegszeit lasse als eine weitere dringende Aufgabe den Ausbau der Eigenproduktion erkennen.

Am Schluß seiner Ausführungen brachte Redner den Dank des Genossenschaftstages an alle, die — sei es im Waffenkloide, sei es im Bürgerkloide — an der Verteidigung des Vaterlandes und dem Ausbau seiner Einrichtung mitgewirkt haben, zum Ausdruck.

(Lebhafter Beifall.)

Ueber die Tätigkeit des Vorstandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderten Maßnahmen referierte hierauf das Vorstandsmittglied Västlein-Hamburg.

Sowohl an den Deutschen Reichstag wie auch an sämtliche Bundesstaaten sind Eingaben dahingehend gemacht worden, den Konsumvereinen eine Vertretung in den Handelskammern zu gewähren.

Die Mehrzahl der Parlamente hat diese Frage bereits behandelt und steht zum Teil der Sache auch wohlwollend gegenüber.

Die weitere Nationalisierung aller Lebensmittel hat teilweise zu Unannehmlichkeiten geführt. Dort, wo die Leiter der Konsumvereine bei den Behörden mitarbeiten, vollzog sich die Sache glatt, dagegen machte sich andererseits in den Gemeinden eine Mittelstandspolitik bemerkbar.

Trotz Weisung des Kriegsernährungsamts, die Konsumvereine nach ihrer Mitgliederzahl oder nach Auflegung von Kundenlisten zu beliefern, mußte gegen verschiedene Mißgriffe — die Västlein eingehend bespricht — Front gemacht werden.

Redner berichtet alsdann eingehend über die Zuderversorgung und stellt fest, daß ein großer Teil von Kommunalverbänden die durch die Bundesratsverordnungen festgesetzten Höchstpreise übertritt, und zwar sind es solche, die die Selbstversorgung des Zuders in die Hand genommen haben.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine verlangt bei der Zuderversorgung die Einschaltung des Handels und somit auch der Großeinlaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Die Kommunalverbände haben kein Recht, die Höchstpreise zu übertreten und ihre übrigen Ausgaben aus dem Ertrag des Zuderhandels zu decken; denn die Bundesratsverordnung gilt auch für sie.

An Beispielen erläuterte der Redner, welche Summen den Verbrauchern durch die jetzige Zuderversorgung zu Unrecht abgenommen werden. Der Referent besprach dann das Umsatzsteuergezet. Die

Konsumvereine wollten genau wie jeder andere ihren Anteil an der Aufbringung der Mittel tragen. Mit Entrüstung wird jedoch davon Kenntnis genommen, daß durch einen Antrag Gotthein und Genossen die Konsumvereine besonders besteuert werden sollen.

Das Interesse der Mitglieder der Konsumvereine erfordert es, daß man die minderbemittelte Bevölkerung nicht durch eine Erdbrosteuergsteuer zu höheren Kosten zur Deckung der Reichsausgaben heranzieht, als sie sonst von den Einwohnern des Deutschen Reiches getragen werden.

Nun Schluß seiner mit Zustimmung aufgenommenen Ausführungen begründete Västlein das Verlangen auf Einschaltung der Großeinlaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine zur Warenverteilung für die Konsumvereine des Deutschen Reiches.

Er legte eine Entschließung vor, die im Sinne seiner Darlegungen gehalten ist.

In der Diskussion begründete Fleißner (Dresden) eine vom Konsumverein Dresden eingebrachte und von den Leipziger Delegierten unterstützte Entschließung, in der gegen die von der Reichsregierung geplanten neuen indirekten Steuern entschiedener Widerspruch erhoben wird.

Die geplante Umsatzsteuer würde die Mitglieder der Konsumvereine schwer treffen. Der Referent Västlein habe gemeint, es sei Sache der politischen Parteien, zu der Steuerfrage Stellung zu nehmen. Es sei aber auch eine Sache der Konsum-

vereine, sich rücksichtslos zu wehren. Die Genossenschaften müßten sich grundsätzlich gegen indirekte Steuern und gegen die Umsatzsteuer wenden und ihren Protest erheben.

Feuerstein (Stuttgart) hat grundsätzliche Einwendungen gegen einige Absätze der Entschließung von Dresden. Durch sie würde der Genossenschaftstag verpflichtet, eine Entscheidung in der Steuerpolitik zu treffen.

Das sei aber nicht Aufgabe des Genossenschaftstages, sondern der allgemeinen Partei- und Wirtschaftspolitik. Die Steuerfrage müßte auf dem Boden der politischen Parteien ausgetragen werden.

Die Resolution gehe über das Tätigkeitsgebiet der Konsumvereine hinaus. In der Frage der Umsatzsteuer könne er dem Vordredner zustimmen. Hier bestände man sich innerhalb der Kompetenzen der Genossenschaften und könne darum der Genossenschaftstag seiner Meinung darüber Ausdruck geben.

Redner ersucht, die Resolution Fleißner in diesem Sinne abzuändern.

In der weiteren Auseinandersetzung, die manchmal sehr lebhaft war, stimmten einzelnen Redner den Ausführungen Feuersteins, andere den von Fleißner zu.

Bei der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag Feuerstein, wonach der Einspruch gegen indirekte Steuern gestrichen werden soll, gegen eine starke Minderheit angenommen.

Der so abgeänderte Antrag Dresden lautet nun: „Der 15. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Aöln erhebt entschiedenen Widerspruch gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer, die insbesondere mit gesteigerten Sähen bei Steigerung des Umsatzes im Kleinhandel vor allem die Mitglieder Konsumvereine treffen würde.“

Die Konsumvereine sind keine privatkapitalistischen Unternehmungen, sondern gemeinnützige Einrichtungen zum Wohle der Unbemittelten. Ihren Warenumsatz besonders und gar erhöht zu besteuern, heißt den Mitgliedern den durch genossenschaftliche Vertätigung erzielten wirtschaftlichen Vorteil zu einem wesentlichen Teil vernichten; heißt die gemeinnützige Tätigkeit durch drückende Steuern bestrafen.

Die im Steuerausschuß des Reichstags ein-

gebrachten Anträge auf Staffelung der Umsatzsteuer würden das in ihr liegende Recht den Konsumvereinen gegenüber geradezu auf die Spitze treiben. Der Genossenschaftstag ersucht daher den Deutschen Reichstag, jede Maßnahme, welche die Konsumvereine in ihrem volkswirtschaftlichen Streben behindert, zurückzuweisen, soweit solche aber noch bestehen, auf deren Beseitigung zu dringen.“

Der Genossenschaftstag stimmte ferner der Entschließung von Västlein zu. Danach nimmt der Genossenschaftstag mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Großeinlaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bei der Warenverteilung betraute ganz ausgeschaltet ist und infolge dessen deren Einrichtungen, die doch bei einer gemeinsamen Warenverteilung die wertvollsten Dienste leisten könnten, brachliegen.

Der Genossenschaftstag erhebt die Forderung der Einschaltung der Großeinlaufsgesellschaft aufs neue. Mit allem Nachdruck verlangt er die Berücksichtigung dieser Anträge und stellt fest, daß mittels des Bezugssystems, ebenso wie beim Zuder und bei den Kaffee-Erzeugnissen, die Einschaltung der Großeinlaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bei allen rationierten Waren möglich ist, so daß die Konsumvereine durch die Großeinlaufsgesellschaft beliefert werden können.

Ferner nimmt der Genossenschaftstag mit Bedauern davon Kenntnis, daß einzelne Kommunalverbände nach wie vor den Konsumvereinen die Zuderbezugsscheine verweigern und das ihnen vorbehaltenen Recht, den Zuder direkt zu verteilen, dazu benutzen, den Konsumvereinen und dem Kleinhandel für Zuder höhere Preise zu berechnen, als das Gesetz gestattet.

Durch diese Handlungsweise wird den Konsumenten der Zuder erheblich verteuert, wogegen entschieden Verwahrung eingelegt werden muß.

Die Verhandlungen werden dann vertagt.

Am zweiten Verhandlungstag behandelt Lorenz (Hamburg) das Thema Die Beteiligung der Beamten an der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Der Redner will den Begriff des Beamten nicht im alten engen Sinne aufgefaßt wissen, sondern im neueren Sinne und darunter die Festbedolten verstehen. Der Krieg habe es mit sich gebracht, daß diese Kreise auf den Wert der Konsumvereine aufmerksam wurden.

Der Redner begründete nachfolgende Resolution, die die Quintessenz seiner Ausführungen bilden: 1. Die Konsumvereine sind ein wirksames Mittel, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu verbessern, sie durch den Grundgedanken der Barzahlung zu größerer Wirtschaftlichkeit zu erziehen und auf der Grundlage der Selbstverwaltung in den Stand zu setzen, ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten selbständig zu regeln und zu leiten.

2. Die wirtschaftliche Lage der Beamten und Festbedolten rechtfertigt deren Beteiligung an der Konsumvereinsbewegung, und es darf ihnen die Mitgliedschaft und die Mitarbeit in den Konsumvereinen durch keinerlei Maßnahmen von Behörden, Vorgesetzten oder Arbeitgeberern erschwert oder unmöglich gemacht werden.

3. Die Interessen der Verbraucher werden am vollkommensten in einer einheitlich neutralen Verbraucherorganisation gewahrt. Die Gründung besonderer Vereinigungen, Beamtenkonsumvereine usw. ist unwirtschaftlich und deshalb zu vermeiden.

4. Den Beamten und Festbedolten wird empfohlen, sich den Konsumvereinen des Zentralverbandes anzuschließen.

5. Durch geeignete Maßnahmen in den Konsumvereinen ist den Beamten und Festbedolten die Mitarbeit in den Verwaltungskörperschaften zu ermöglichen und ihnen eine angemessene Vertretung in diesen zu sichern.

In der Aussprache haben Vertreter der Beamtenvereine zustimmende Erklärungen ab.

Der Genossenschaftstag stimmte dann einmütig den Richtlinien von Lorenz zu. Ueber den Punkt: Forderungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zur Neuordnung

referierte nun Valentin Siebmann (Frankfurt a. M.). Er führte aus: Die Konsumgenossenschaftsbewegung habe in allen Kreisen der Bevölkerung tiefe Wurzeln gefaßt. Bisher umfassen die bestehenden 2000 Konsumvereine 3 Millionen Familien mit zick 14 Millionen Angehörigen. Ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, genossenschaftlich organisiert, habe Anspruch auf Berücksichtigung ihres Reichs.

In den Handelskammern müsse das Interesse der Verbraucher zum Ausdruck kommen, wie überhaupt in der Neuordnung neben den Ver-

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Langsam rollte der Wagen über eine der schmutzigsten und holprigsten Straßen, wo nicht einmal Laternen brannten. Bloß die Wagenlichter warfen einen goldenen Glanz auf die bewegliche, flüssige und tiefe Schmutzschicht, die bis zu den Scheiben aufspritzte.

Niemand ging die Straße entlang, niemand fuhr vorbei. Die großen Hunde, die die Läden bewachten, bellten dumpf den Wagen an. Man hörte, wie sie vor Wut, daß sie nicht auf die Straße heraus konnten, an die Tore sprangen und an den Brettern kratzten.

Jene sahen nichts und hörten nichts, versanken in der Flut des plötzlich alles verhüllenden Nebels und ließen sich von ihr fortreißen.

„Luch!“ „Küsse mich!“ „Liebst du?“ „Küsse mich!“ Nur solche Worte drangen ihm aus der Seele, von einem vergehenden Feuer durchfärbt.

„Nimm mich, Karl, nimm mich ganz und für immer.“ Sie bemerkten es nicht einmal, daß der Wagen anhält. Sie waren am Zuderschen Palais, in der Gegend des Stadtparkes vorgefahren.

„Komm zu mir,“ flüsterte sie, seine Hand festhaltend. Aus Gewohnheit schob er, ohne es zu wissen, die zweite Hand in die Tasche, in der er den Revolver trug.

„August, Sie warten auf den Herrn,“ rief sie gebieterisch dem Kutsher zu.

„Komm, es ist niemand da,“ sie sprach mit Nachdruck, „er ist weggefahren. Außer der Dienerschaft ist niemand im Haus.“

Sie ließ seine Hand los, als die Diener die Tür öffneten. Die Lichter ansteden im orientalischen Salon. Sofort Tee servieren.“

Als der Lafai verschwunden war, warf sie sich Vorowiecki um den Hals, küßte ihn leidenschaftlich und schob ihn in einen kleinen Korridor, der mit Teppichen belegt und rot ausgeschlagen war.

„Ich komme sofort. Ich liebe dich!“ rief sie ihm nach und verschwand.

Langsam legte er ab, steckte den Revolver zu sich und trat durch eine Tür, die sich vor ihm öffnete, in einen gedämpft beleuchteten Salon.

Ein weißer, dicker Teppich aus Widdersellen dämpfte jeden Schritt. „Das ist ja ein richtiges romantisches Abenteuer!“

flüsterte er, sich auf einem persischen, mit Gold und Silber inkrustierten Ebenholzstuhl ohne Lehne niederlassend. Er fühlte sich furchtbar abgepannt.

„Eine interessante Frau, eine interessante Szene,“ dachte er und begann, sich im Zimmer umzuschauen.

Das Vouloir war mit solchem Luxus eingerichtet, daß es sogar in einer Stadt wie Lodz, wo es prachtvolle Wohnungen in Massen gab, Entzücken hervorrufen konnte.

Die Wände waren mit Seide in einem warmen Gelb überspannt. Künstlerisch verteilte, rotviolette Fliederzweige waren in dieser Seide darauf gestickt. Ein großes, breites Sofa nahm eine ganze Wand ein. Darüber erhob sich ein gelber, grün gestreifter Baldachin, als Felt drapiert. Goldene Fellebarden stützten ihn. Von der Decke des Zeltes hing eine Lampe aus gelben, rubinroten und grünen Glascheiben herab und verbreitete ein sonderbar müdes Licht.

„Arämerjuden,“ flüsterte er verächtlich, mit einer beinahe neidischen Verachtung, durch diesen Luxus gereizt. Trotzdem aber schaute er neugierig umher. Phantastische, kostbare Geräte von orientalischen und japanischen Formen lagen umher, im Verhältnis zur Größe des Raumes in übertriebener Menge.

In Haufen lagen Seidenkissen in schreiend chinesischen Farben auf dem Sofa und auf dem weißen Teppich zerstreut. Die großen Flecke hoben sich wie verschüttete Farben ab.

Ambradust und Violette de Perse mit Rosengeruch vermenget durchtränkte den Raum.

An einer Wand glänzten orientalische, sehr kostbare Waffen. Sie waren um einen großen, runden, saragenischen Stahlschild angeordnet, der mit Gold eingelegt und so poliert war, daß er selbst in dem gedämpften Licht schimmerte und die goldenen Ornamente, die Rubinenkürüre und die blassen Amethystenreihen, die seinen Rand verzieren, funkelnd erstrahlten.

In einer Ecke hockte mit gekreuzten Beinen, an einen riesigen Fächer aus Pfauensiedern gelehnt, eine Buddhafigur, die ganz vergoldet war.

In einer anderen Ecke stand eine große japanische Blumenvase aus Bronze, von goldenen Drachen getragen, mit blühenden schneeweißen Azaleen gefüllt.

„Die gnädige Frau lassen Herrn Direktor bitten,“ flüsterte ein alter, glattrasierter Lafai, vor Vorowiecki sich verneigend, und schob eine schwere Portiere aus gelbem Samt, mit gelben Christenthemem bepalmt, zurück.

„Ach, Josef, sind Sie jetzt hier?“ fragte Vorowiecki den

Lafai, den er früher bei anderen Bekannten schon gesehen hatte.

„Die anderen Juden hab' ich kalt bekommen,“ flüsterte er leise und mit einer Verbeugung.

Karl lächelte und ging ins Wohnzimmer herüber. Auch war noch nicht da. Er vernahm nur eine schrille, durch die Wände gedämpfte Stimme in den anderen Räumen.

„Was ist das?“ fragte Vorowiecki aufhorchend, ganz unwillkürlich.

„Die gnädige Frau spricht mit dem Zimmermädchen,“ erklärte Josef mit einem so kalt höhnischen Gesichtsausdruck, daß es Vorowiecki merkte und nicht weiter fragte.

Das lange Warten machte ihn ungeduldig; er setzte sich und bemerkte auf dem Boden neben dem Tisch ein Stück Papier, hob es auf, um es wegzulegen, und warf dabei unwillkürlich einen Blick darauf.

Es war ein Telegramm in der Chiffre der Firma Buchholz geschrieben, die nur in Fällen von außergewöhnlicher Wichtigkeit angewandt wurde. Vorowiecki kannte sie und war nicht wenig erstaunt.

„Was macht das Telegramm hier?“ Er kehrte es um. Die Adresse war: Buchholz — Lodz. Nummern las er ohne Bedenken:

„Der Rat hat heute den Beschluß gefaßt. Soll für amerikanische Baumwolle, die über Hamburg und Triest eingeführt wird, ist um 25 Kopfen in Gold für ein Pud erhöht worden. Durchführung in zwei Wochen. Frachttarif Durchführung von der Westgrenze bis zu 20 Kopfen von Pud und West. Einführung in einem Monat. Bekanntmachung in einer Woche.“

Vorowiecki schob das Telegramm in die Tasche und sprang bestürzt vom Stuhl auf.

„Eine furchtbare Nachricht, halb Lodz wird fallen,“ flüsterte er.

Jetzt verstand er, warum Knoll ihm von dieser Nachricht nichts erwähnt hatte. Er hatte Bedenken, sie ihm anzudeuteln. „Nach Hamburg ist er gefahren, um Baumwollvorräte einzukaufen. Alles wird er aufkaufen, was nur zu haben sein wird, und wird die kleinen Fabrikanten in seiner Hand haben. Was für ein Geschäft! Was für ein Geschäft! Jetzt Geld haben, hinfahren und einkaufen,“ dachte er, und es begann in ihm zu kochen vor wahrer Ungerde, vor unbändiger Gier, mit dieser Nachricht, die er zufällig erfahren hatte, ein Vermögen zu machen. „Geld! Geld! rief er in Gedanken, vom Stuhl aufstehend.“

Seine Augen glänzten sieberhaft. Er zitterte am ganzen Körper vor Aufregung. Sein erster Impuls war, fortzulaufen, in die Stadt, Moritz abzufangen und mit ihm das Geschäft zu besprechen. (Fortf. folgt.)

**Einfluss der Gewerkschaften der Groß- und Kleinindustrie sowie des Groß- und Kleinhandels** auch die breite Masse der Verbraucher in den zu schaffenden wirtschaftlichen Organisationen ihren entsprechenden Einfluss haben müsse. Zum Genossenschaftsrecht ist Delegiertenwahl zur Generalversammlung erforderlich, um den großen Mitbestimmungen der Konsumvereine Gelegenheit zur angemessenen Teilnahme an den Geschäften der Genossenschaft zu geben. Das Beitrittsrecht zu den Genossenschaften müsse gesetzlich liberalfest sein, wie weiterhin den Genossenschaften größere Bewegungsfreiheit in Bezug auf Anlegung ihrer flüssigen Gelder gegeben werden müsse. Unter einem Druck von Sondersteuern hätten die Konsumvereine zu leiden. Sie entsprächen rein mittelständischen Motiven und verrieten deutlich die Feindschaft gegen die Konsumvereine. Die wirtschaftlich Schwachen können nur durch den Zusammenschluss ihr Ziel erreichen. (Lebhafte Beifall.)

Der Redner unterbreitete eine Resolution, die folgende Forderungen erhebt: I. Allgemeines Recht. 1. Vertretung der Konsumgenossenschaften in den Handelskammern. 2. Vertretung der Konsumgenossenschaften in allen staatlichen, durch die wirtschaftliche Neugestaltung notwendig werdenden Institutionen, die das Arbeitsgebiet der Konsumvereine betreffen, und in allen Organisationen, die aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Massenverbandcharakter bewirtschaften. II. Genossenschaftsrecht. 3. Zulässigkeit der Delegiertenwahl zur Generalversammlung der Genossenschaften. 4. Aufhebung aller Bestimmungen, durch die das gesetzliche Beitrittsrecht zu Genossenschaften beschränkt wird. Bestrafung aller derjenigen, die solche Bestimmungen erlassen. 5. Anerkennung des Rechts der Genossenschaften zur Beteiligung an wirtschaftlichen und gemeinsamen Unternehmungen aller Art. 6. Beseitigung des Rechts des Geschäftsführers auf Kündigung der Mitgliedschaft eines Genossen (§ 66 des Genossenschaftsgesetzes). III. Steuerrecht. 7. Aufhebung aller Sondersteuern für Genossenschaften; Aufhebung der preussischen Wareneinkaufsteuer; Aufhebung der säkularen Gemeindefuhrsteuer; Aufhebung der gewerblichen Umsatzsteuern in Braunschweig, Anhalt, Sachsen, Hessen usw.; Aufhebung aller Millizsteuern. 8. Gesetzliche Verteilung des Begriffs „geschlossener Laden“ (preussische Gewerbesteuer § 8 Absatz 2 Satz 2) wie folgt: „Ein Laden ist ein geschlossener, wenn äußerlich sichtbar erkennbar gemacht ist, dass er zum Zweck von Wareneinkäufen nur den Mitgliedern offensteht.“ 9. Anerkennung des Grundsatzes, dass Konsumvereine, die im regelmäßigen Geschäftsverkehr nur an ihre Mitglieder Waren verteilen, Wirtschaftsgenossenschaften sind, und dass die nach dem Umlage verteilte Rückvergütung an die Mitglieder weder ein Einkommen noch ein andererseits der Ertrag der Genossenschaften nach der Mitglieder, sondern eine Erparnis der letzteren sind und daher weder bei der Genossenschaft noch bei den Mitgliedern der Einkommen- und Gewerbesteuer unterworfen werden darf. IV. Allgemeine Förderung des Genossenschaftswesens. 10. Schaffung einer Abteilung Genossenschaftsliteratur in allen unter dem Einfluss des Reichs oder des Einzelstaates oder der Gemeinden stehenden Bibliotheken. 11. Nähere Eröffnung des Genossenschaftswesens durch eine Reichsstatistik über Zahl, Art, Art der Tätigkeit, Mitgliederzahl, Vertriebsumsatz, Umlage bzw. Verkaufserlös, bzw. Erlös für Dienstleistungen sämtlicher deutscher Genossenschaften sowie deren Jahresrechnungen, schnellste Bearbeitung und Publikation dieser Statistik. 12. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens durch Errichtung von Lehrstühlen und Genossenschaftsseminaren an den Universitäten und anderen Hochschulen.

Ohne Debatte wurde diesen Forderungen zugestimmt. In Ergänzung des Referats von Liebermann referierte hierauf W. H. L. in (Hamburg) über

Die Forderungen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine zur Ubergangswirtschaft.

Der Redner erörterte eingehend die Verhältnisse vor dem Kriege und die durch den Eintritt Englands in den Krieg veränderte Lage der Rohstoffe und Nahrungsmittel und betonte dann, die Anhebung der Versorgung nach dem Kriege sei zuerst eine Hauptaufgabe des Reiches. In diesem Punkte wäre das Reichswirtschaftsamt gegründet worden. Dieses solle nicht wie das Kriegsernährungsamt zur Verwaltungsorganisation sein, sondern die die Wirtschaftsweise erhalten, die gesamte Produktion und auch die gesamte Verteilung zu regulieren. Auch der Reichstag wird bei diesen Arbeiten mitwirken. Industrie und Handel sollen ebenfalls zur Mitarbeit herangezogen werden. Allerdings wird die Regelung sehr schwierig sein, weil nach dem Kriege nicht nur eine große Warenknappheit, sondern auch ein Mangel an Transportmitteln vorhanden sein wird. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine und die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine haben sich an das Reichswirtschaftsamt gewandt und ihre Mitarbeit für die Ubergangswirtschaft angeboten. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts habe mündlich und schriftlich die Zusage gegeben, dass die Konsumernorganisationen, wie die Konsumvereine und deren Zentralinstitut, die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, zur Mitwirkung herangezogen werden sollten. Wenn der Handel hinzugezogen werde, so sei es selbstverständlich, dass auch die Organisation der Konsumanten, welche rund 12 Millionen Mitglieder umfasse, nicht ausgeschlossen werden könne. Allerdings bestände bezüglich der Ubergangswirtschaft ein Unterschied zwischen der Ubergangswirtschaft des Handels und der Konsumvereine und deren Großverkaufsgesellschaft. Letztere sind der Meinung, dass es auch in der Ubergangswirtschaft vorläufig ohne Rationierung und Höchstpreise nicht möglich sein wird, das deutsche Volk über die schwere Zeit hinwegzubringen, während der Handel die Aufhebung aller Höchstpreislagen nach Schluss des Krieges verlangt. Für die im Zentralverband Deutscher Konsumvereine organisierten Konsumanten, welche ausschließlich der minderbemittelten Bevölkerung angehören, wird die Rationierung und Einschränkung noch dringender notwendig sein, weil sie sonst nicht in der Lage sind, die benötigten Waren zu kaufen. Allerdings ist der Zentralverband Deutscher Konsumvereine der Meinung, dass, sobald die Möglichkeiten der Herstellung von Waren gelockert und die notwendigen Mengen zur Verfügung stehen, die Zwangsmaßnahmen sofort verschwinden müssen, denn nur durch die freie Bedienung wird es dann später möglich sein, auch den Interessenten der Konsumanten zu entsprechen.

Redner erläuterte noch eingehend die vorliegende Entscheidung: Der 15. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine am 17. und 18. Juni in Köln (Aachen) bringt Kenntnis von der Eingabe des Zentralverbandes und der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine vom 21. Februar 1918 an das Reichswirtschaftsamt in Berlin.

Die in der Eingabe ausgesprochene Forderung auf Vertretung im Reichswirtschaftsamt in den Fragen des Handels und der Produktion sowie auf Anerkennung der Großverkaufsgesellschaft als Zentralinstitut ihrer angeschlossenen Konsumvereine bei der Ubergangswirtschaft unterstützt der Genossenschaftstag in jeder Weise und schließt daran die bestimmte Erwartung, dass gemäß der von dem Herrn Staatssekretär gegebenen mündlichen und schriftlichen Zusage sowohl der Zentralverband Deutscher Konsumvereine als auch die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bei sämtlichen für ihren Geschäftsbetrieb in Betracht kommenden Wirtschaftsstellen hinzugezogen und beteiligt werden.

Von vielen Behörden ist bei Beginn und im Laufe des Krieges die gegenwärtige Tätigkeit der Konsumvereine und ihrer Großverkaufsgesellschaft anerkannt worden; am auch in der Ubergangswirtschaft anteilig an der Volksernährung mitzuwirken ist die Denkwürdigkeit des Zentralverbandes und der Großverkaufsgesellschaft eine unbedingte Notwendigkeit.

Nach ergänzenden Bemerkungen des Geschäftsführers Seifert (Hamburg) von der Großverkaufsgesellschaft, nahm der Genossenschaftstag die von W. H. L. in vorgelegte Entscheidung an.

Denn gab Leide (Hamburg) einen kurzen Bericht über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Hierauf berichtete Gustav Bauer (Berlin) über die Tätigkeit des Tarifamts und die Erweiterung des Tarifamts. Der größte Teil der Differenzen, mit denen sich das Tarif-

amt zu beschäftigen gehabt habe, sei nicht grundsätzlicher Natur, sondern entpripunge kleinlichen Streitigkeiten, die sehr gut im Wege der Verständigung durch die Beteiligten erledigt werden könnten. Zu wünschen sei, dass die Konsumvereine das weitestgehende Entgegenkommen gegenüber Kriegsbeschädigten zeigen und diese wirtschaftlich stützen. Der Tarifgedanke habe sich mehr und mehr bei den angeschlossenen Vereinen eingebürgert. Es sei zu hoffen, dass auch die Konsumvereine, die bisher den Tarifverträgen noch nicht zugestimmt haben, dies nun bald tun. Die größte Arbeit des Tarifamts war die Regelung der Feuerungszulagen für die in den Konsumvereinen beschäftigten Personen. Das Tarifamt konnte, seinen Befugnissen entsprechend, hierzu keine bindenden Beschlüsse fassen, sondern nur gewisse Normen in Empfehlung bringen. Nun beantragte Vorstand, Ausschuss und Generalkrat des Zentralverbandes eine Erweiterung der Aufgaben des Tarifamts. Zu diesem Aufgabekreis soll künftig auch gehören die Festsetzung der Höhe der Feuerungszulagen, die für alle Genossenschaften, die der Tarifgemeinschaft angehören, verbindlich sein soll. Redner begründete ausführlich diesen Antrag.

In der längeren Diskussion wandten sich verschiedene Delegierte, besonders sächsische Delegierte, gegen die vorgelegte Erweiterung des Tarifamts. Die paar Personen des Tarifamts könnten doch nicht in einer so wichtigen Frage bindende Beschlüsse fassen. Eine moralische Verpflichtung, den Beschlüssen des Tarifamts zu entsprechen, würden die Konsumvereine übernehmen können. Andere Redner traten für den Antrag ein. Es sei ein großer Fehler, dass das Tarifamt diese Befugnisse bisher noch nicht gehabt habe. Der Grundsatz müsse hochgehalten werden, dass die Genossenschaften vorbildliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben.

Die Erweiterung des Tarifamts nach dem Antrag wurde dann gegen wenige Stimmen beschlossen und die Mitglieder des Tarifamts wiedergewählt.

Lorenz (Hamburg) machte hierauf Mitteilungen über den Internationalen Genossenschaftsbund. Es gehe trotz des Krieges seinen geregelten Gang. Redner betonte, dass die Vertreter der Arbeiter in den feindlichen Ländern den guten Willen für eine Verständigung in weitestem Maße festhalten lassen. Im Gegensatz hierzu ist in Deutschland die große Masse der Ar-

## Holt Eure Kohlen jetzt

damit Ihr nicht im Winter frieren müßt.

Kohlenverband Groß-Berlin

beiter für einen Verständigungsfrieden. Wenn wir von der andern Seite keine Stimme der Vernunft hören, dann muß es bei der Verteidigung des Vaterlandes bleiben bis zum Sieg. Es sei zu hoffen, dass man bald wieder gemeinschaftlich mit den Genossenschaftlern aus den übrigen Ländern zusammen arbeiten könne. (Lebhafte Beifall.)

Fleißner (Dresden) erklärte zur Geschäftsordnung, dass die vorgerückte Stunde es unmöglich mache, den Ausführungen Lorenz entgegenzutreten. Er hätte manche Einwendungen zu erheben.

Vorsitzender Hoffmann stellt fest, dass die Mehrheit des Genossenschaftstages die Ausführungen von Lorenz teilt. (Zustimmung und Widerspruch.)

Der Genossenschaftstag nahm dann noch den Bericht des Ausschusses entgegen, genehmigte die Jahresrechnung und erteilte dem Vorstand Entlastung. Die turnusmäßig auscheidenden Vorstands- und Ausschussmitglieder wurden wiedergewählt.

Damit waren die umfangreichen Arbeiten des Genossenschaftstages erledigt. Der nächstjährige soll in Hamburg togen.

Morgen findet die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft statt.

## Groß-Berlin

„Holt Eure Kohlen jetzt ab!“

Die ständigen Aufforderungen des Kohlenverbandes Groß-Berlin tragen und eine täglich wachsende Fülle von empörten Zuschriften seitens solcher Verbraucher ein, die trotz aller Bemühungen keine Kohlen erhalten können und die Aufforderung des Kohlenverbandes als eine Verhöhnung empfinden. Der Kohlenverband hat alle Kleinhändler, die nicht beliefert worden sind, angewiesen, sich an die Kohlenstelle Groß-Berlin zu wenden. Wir können daher den Verbrauchern, deren Händler, trotzdem sie dieser Anweisung Folge geleistet haben, nicht beliefert worden sind, einstweilen nur den Rat geben, beim Kohlenverband Groß-Berlin Bescheid zu führen.

## Ein sehr bedauernder Rechenfehler

ist, wie das Berl. Tagebl. mitzuteilen weiß, der Vandeszentralbehörde in Oberpräsidium der Provinz Brandenburg untergelaufen. Bei der Feststellung der Zahl von Anzügen, die die Groß-Berliner Gemeinden abzuliefern haben, hat die genannte Staatsbehörde sich derartig verrechnet, dass von Groß-Berlin 30000 Anzüge zuviel verlangt worden sind. Es haben nun abzuliefern: Berlin 35000 Anzüge (statt rund 50000), Charlottenburg 11300 (statt 16000), Schöneberg 7000 (statt 10400), Wilmersdorf 7600 (statt 11200), der Kreis Teltow 13500 (statt 17000) Anzüge.

Unsere neulich gedruckte Vermutung, dass Berlin wieder einmal als Stiefkind behandelt worden ist, hat sich also nicht bestätigt. Nicht böse Absicht, sondern mangelhafte Rechenkunst der staatlichen Obrigkeit haben das allzu hohe Lieferungsloß verursacht. Jedenfalls wäre es aber dringend zu wünschen, dass mit derartigen wichtigen Berechnungen in Zukunft nur solche Regierungsbeamte betraut werden, die das Einmaleins beherrschen.

## Protest der Werderschen Obstzüchter.

In einer großen Versammlung beschlossen die Obstzüchter, die Kriegsstelle für Gemüse und Obst aufzufordern, die Berliner Kleinhändler scharf zu kontrollieren. Es wurde behauptet, dass die Kirichen, die die Werderschen zum Erzeugerhöchstpreis von 65 Pf. an die Kleinhändler abgeben müssen, von diesen hinterherum in ihren Geschäften mit 2 R. verkauft werden. Um nicht auch bei der Pfäumen- und Kefeletern wieder dieselben Zustände zu erleben, sollen die Keller und Hinterräume der Kleinhändler von der Polizei scharf kontrolliert werden.

## Kartoffelmangel in den Vororten.

Störungen in der Kartoffelzufuhr seitens einiger Lieferkreise haben in einigen Groß-Berliner Gemeinden einen bedauerlichen Kartoffelmangel hervorgerufen, der zu einer Verkürzung oder gar völligen Beseitigung der Kartoffelmenge von 7 Pfund genötigt hat. In Wilmersdorf ist diese Knappheit schon seit der vorigen Woche bemerkbar. Auch in Pantow fehlen für diese Woche die erforderlichen Kartoffeln infolge sehr knapper Zufuhren; statt ihrer sollen Nährmittel verteilt werden. In Oranienburg ist vorläufig die Kartoffelmenge für diese Woche auf 3 Pfund herabgesetzt worden; als Ersatz werden andere Lebensmittel ausgegeben. Von

allen betroffenen Gemeinden sind sofort entscheidende Schritte unternommen worden, um den Kartoffelmangel zu beheben und die Lieferkreise zu Zufuhren anzuhalten.

## Eine neue Mülloverordnung.

Das Oberkommando hat folgende am 1. Juli in Kraft tretende Verordnung erlassen: Reste und Abfälle von Brot und Backwaren, Kartoffeln, Kartoffelschalen, Gemüsen und Früchten aller Art, soweit sie nicht zur menschlichen Ernährung dienen oder im eigenen Haushalte oder Betriebe veräußert werden, sind von den Haushaltungsvorständen und den Inhabern und Leitern von gewerblichen oder gemeinnützigen Betrieben getrennt von allem Restriid und Müll, Glasplättern, Nägeln, Nadeln, Papierresten usw. zu sammeln und an die vom Grundstückeigentümer auf dem Grundstück eingerichtete Sammelstelle abzuführen. Die Abführung an diese Sammelstelle hat mindestens an jedem zweiten Tage zu erfolgen. Jede anderweitige Verfügung über diese Abfälle, insbesondere ihre Ueberlassung an Dritte ohne oder gegen Entgelt, Verbrennen oder sonstiges Vernichten derselben ist verboten. Jeder Grundstückeigentümer hat zur Sammlung der bezeichneten Reste und Küchenabfälle auf seinem Grundstück an einer bestimmten, den Sammelvorständen und höherem leicht zugänglichen Stelle besondere Gefäße, die mindestens 50 Liter fassen, aufzustellen und diese Gefäße in ordnungsmäßigem und sauberem Zustande zu erhalten.

## Gültigkeit von Zusatz-Lebensmittellisten für Reisende.

Personen, die sich auf die Reise begeben, sind vielfach im Unklaren darüber, ob die von der Abteilung für Krankenernährung bewilligten Zusatz-Lebensmittellisten an dem neuen Aufenthaltsort Gültigkeit besitzen. Im allgemeinen ist dies nicht der Fall, eine Ausnahme hiervon macht lediglich die Reichsreisefürsorge, deren Gültigkeit interlokal ist. Jedoch kann auf besonderen Antrag das von dem Verreisenden eingereichte ärztliche Zeugnis der in Betracht kommenden Behörde des neuen Aufenthaltsortes überhandt werden, die dann natürlich selbständig über die fernere Bewilligung der Zusatz-Lebensmittel zu entscheiden hat. Die für Krankenernährung ausgehenden Lebensmittellisten müssen vor Eintritt der Reise in der Abteilung für Krankenernährung zurückgegeben werden, die dafür eine entsprechende Bescheinigung ausstellt. Für die Zeit nach der Rückkehr des Reisenden muß ein neuer Antrag, erforderlichenfalls auch ein neues ärztliches Zeugnis eingereicht werden.

## Berliner Lebensmittel.

In den nächsten Tagen gelangen neue Zuderkarten zur Ausgabe, die für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember gelten. Die Inhaber der Zuderkarten haben die Karten bis zum 6. Juli einschließlich demjenigen Händler vorzuzeigen, von dem sie Zuder zu beziehen wünschen. Veräumung der Anmeldefrist hat den Ausschluß vom Zuderbezug bis auf weiteres zur Folge.

Da das Weizbrod in den kommenden warmen Monaten, wenn es längere Zeit aufbewahrt wird, zum Fäulnis neigt, ist den Bäckern gestattet worden, vom 24. Juni ab auch kleinere Weiz- und Krankebrote, und zwar im Gewicht von 1000 Gramm und 750 Gramm abzugeben.

## Mißstände im Schuhhandelsgewerbe.

Recht bezeichnend ist das Ergebnis einer Nachprüfung von Schuhhandelsgeschäften in Lichtenberg auf das Vorhandensein von Lederschwären. Auf die Frage des als Käufer auftretenden Revisors nach Lederqualitäten wurde in allen Fällen das Vorhandensein solcher Ware verneint! Die amtliche Nachprüfung der Geschäftsräume förderte aber in allen vier Fällen 30—60 Stück der gewünschten Ware zutage! Die geprüften Großhändler, die oft nähere und tagelang vor Berliner Geschäften antehen müssen, um Lederabzug zu erlangen, werden diese Feststellung mit Beachtung lesen. Sie sind überaus kennzeichnend für die augenblicklichen Zustände im Handelsgewerbe und dürften dem Ruf nach Freigabe der Bedarfsgegenstände für den freien Verkehr und Vereinfachung der öffentlichen Bewirtschaftung solcher Gegenstände nicht gerade förderlich sein.

Aus Rußland heimgekehrte Kriegsgefangene. Als Antwort auf viele beim Kriegsministerium eingegebene Anfragen wird folgendes bekanntgemacht: Die aus russischer Kriegsgefangenschaft Zurückgeführten können ohne Einschränkung im Militärdienst wieder verwendet werden. Es würde dem Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht widersprechen, wenn diese Heeresangehörigen nach Ablauf ihres Urlaubes anders verwendet werden, als die übrigen Heeresdienstpflichtigen, von denen viele, selbst nach mehrfacher Verwundung der Front wieder zugeführt werden. Soweit aus besonderen Gründen, z. B. infolge vorgefertigten Alters oder aus familiären Rücksichten, von einer Verwendung an der Front abgesehen werden darf, kommen diese Sonderbestimmungen auch den aus russischer Kriegsgefangenschaft Zurückgeführten zugute.

Film-Reisenden. An den Mozart-Bühnen wird am Freitag das Lustspiel „Ein Glöckchen“ im Admirals-Theater am Sonnenbad „Bühnenstücke“ und „Jüdin Rik“ zum ersten Male gezeigt.

Der Jirka Zarrafani bringt sein Wasserkanu „Torpedo“ vom 29. Juni ab im Jirka-Buch-Verband zur Ausführung. Es werden mitwirken 100 Personen, zahlreiche Wachen als Rufen, Wasserhöre und das Sarrafani-Paule.

Attentat auf einen Vorortzug. Durch einen nichtswürdigen Dübentreich sind am Dienstag Inassen eines Vorortzuges stark gefährdet worden. Als der um 7.05 Uhr abends vom Lehrter Bahnhof nach Spandau abgehende Vorortzug an dem neuen Hafengelände zwischen der Sully- und Weuffelstraße vorüberfuhr, fiel plötzlich ein Schuß. Die Kugel drang durch das geschlossene Fenster eines Abteils dritter Klasse und durchschlug auch das andere Abteilfenster. Das Geschöß slog unmittelbar an den Köpfen der vier Inassen des Abteils vorbei. Das Attentat ist, wie beobachtet werden konnte, von vier jungen Burken verübt worden, die dann die Flucht ergriffen. Einer der gefährdet geweienen Fahrgäste hat sich erboten, für die Ermittlung der Täter 100 R. Belohnung auszugeben.

Neulösn. Bau eines Schlachthaus. Der Bau eines Schlachthausanlage für Großvieh auf dem händlichen Eiswerk ist jetzt vollendet. Die Anlage bezieht aus einer Schlachthalle und einem Stallgebäude von rund 1400 Quadratmeter. Das Schlachthaus enthält außer der großen und hohen Schlachthalle für Großvieh eine kleinere für Kälber und einen Ausfährtraum, sowie die erforderlichen Nebenräume für den Tierarzt, für die Schlächtermeister und Schlächtergehilfen. In dem Stallgebäude können in vier voneinander getrennten Räumen 200—300 Haupt Rindvieh untergebracht werden. Die innere Einrichtung ist eine vollkommen, allen Anforderungen der Neuzeit entsprechende. In vier Schlachtkägen, die mit allen neuzeitlichen Hebe-, Transport- und Abnahmevorrichtungen ausgestattet sind, können täglich bis 180 Rinder geschlachtet werden. Bequem und reichlich angeordnete Pflanzstellen für kaltes und warmes Wasser und ebenso reichlich vorgezeichnete Fußbodenentwässerungen sorgen für die erforderliche Sauberkeit. Besonders wertvoll für die Verteilung einwandfreien Fleisches an die Verbraucher ist es, dass die Kühl- und Aufbewahrungsräume für das frische Fleisch auf demselben Grundstück in unmittelbarer Nähe des Schlachthauses liegen. Durch die vorgezeichnete Transportbahn, welche das Schlachthaus mit den Kühlräumen verbindet, wird es möglich, das Fleisch auf die bequemste und sauberste Weise unmittelbar in die Kühlräume zu überführen.

Neuwahl des zweiten Bürgermeisters. Die Stadtverordnetenversammlung hat Veranlassung genommen, schon jetzt an die Neubesetzung der zweiten Bürgermeisterstelle heranzutreten und hat hierfür Herrn Stadtrat Dr. Mann in Aussicht genommen, der sonst begründete Aussicht hat, anderweit an leitender Stelle gewählt zu werden.

**Hammel und Herz zu Zuchtzwecken.** Der Magistrat beschließt, Hammel und Herz zu Zuchtzwecken anzukaufen und an die Einwohner Neuföhns weiterzugeben. Bestellungen werden bis Mittwoch, 26. Juni, in dem Bureau der städtischen Fleischversorgung, Neuföhns, Mittelbushweg 6/7 (städtische Werkstätte), entgegen genommen. Die näheren Verkaufsbedingungen werden dort bekanntgegeben.

**Engelische Diebstähle von Schulmappen.** Wie uns von der städtischen Schuldeputation mitgeteilt wird, handelt es sich bisher lediglich um den Diebstahl einer Schulmappe. Jedoch ist auch dieser eine Fall noch nicht aufgeklärt. Die vielfachen holländischen Gerüchte beruhen offenbar auf Phantasien der Kinder.

**Wilmersdorf. Abgabe von Süßholz.** Von Montag den 24. Juni, bis einschließlich Sonntag, den 14. Juli, werden auf Abschnitt 6 der roten Hausabfuhr-Bezugskarte 2 Briefchen Süßholz durch die Apotheken und Drogerien abgegeben.

**Neinindorf. Abgabe von Frauenröcken.** Vom Landratsamt sind der Gemeinde eine Anzahl einfacher Unterröcke für die minderbemittelte Bevölkerung überlassen worden. Die Abgabe erfolgt nur auf Verlangen unter Hinweis auf die Sonderzuweisung und Abarlegung der persönlichen Verhältnisse. Ausgabestelle Dienstag und Freitag von 9-11 Uhr.

**Weißensee. Lebensmittel.** In der Woche vom 17. bis 23. Juni dürfen zunächst auf die Abschnitte 112a bis 112d der Kartoffelkarte 2 1/2 Pfund, zusammen 4 Pfund, Kartoffeln entnommen werden. Wegen der auf die übrigen Abschnitte zu entnehmenden Mengen ergeht noch besondere Bekanntmachung.

In dieser Woche werden in den beiden Gemeindeverkaufsstellen Eier abgegeben. Auf jede der aufgerufenen Eierkarten werden 3 Eier zum Preise von je 38 Pf. verabfolgt.

**Friedrichshagen. Lebensmittel.** Bis morgen kommen auf Abschnitt 102 der gelben Lebensmittelkarte Semmelkonferven und Teigwaren (Makkaroni) zur Ausgabe. Auf jede Karte entfällt eine 1-Pfund-Dose Konferven oder 1 Pfund Makkaroni, soweit der Vorrat reicht. In den Obst- und Gemüsegeschäften kommt auf Abschnitt 16 der grauen Lebensmittelkarte frisches Obst zum Verkauf. Auf jede Karte entfällt 1 Pfund.

**Anmeldungen auf Brennholz (Kloßen und Knüppel)** nimmt die Kohlenstelle, Friedrichstr. 97, entgegen. Aufträge zur Anfuhr können sofort erledigt werden.

**Nähgarne.** Die bestellten Nähgarne sind von den Bezugsberechtigten gegen Abgabe der Bestellabschnitte in den in Betracht kommenden Geschäften bis Ende Juni abzuholen.

## Soziales.

### Mieterschutz in Stettin.

Eine Mieterschutzverordnung für Stettin und Umgegend ist vom Städt. kommandierenden General des II. Armeekorps angefertigt und angewandt. In der ungewöhnlich großen Zahl von Mündigungen zum 1. Oktober 1918 erfolgt. Mündigungen von Wohnungen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der jährliche Mietzins unter 1000 M. bleibt oder nicht, ob eine Mietsteigerung bezweckt wird oder nicht, sind danach nur zulässig, wenn das Mietvertragsamt oder die Polizeiverwaltung die Genehmigung zur Mündigung erteilt hat. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn kein wichtiger Grund für die Mündigung vorliegt. Bereits ausgesprochene Mündigungen bedürfen der nachträg-

lichen Genehmigung. Auch Räumungsklagen oder Vollstreckungen aus Räumungsklagen sind nur mit Genehmigung des Mietvertragsamts oder der Polizeiverwaltung zulässig.

### Ein neues Erbbaurecht.

Mit der Veröffentlichung des Entwurfs eines Reichsgesetzes über das Erbbaurecht (Sonderbeilage des „Reichsanzeigers“ vom 3. Mai 1918) kommt das Reichswirtschaftsamt einem langgehegten Wunsch der Kreise der Wohnungsreform nach. In diesem im Bürgerlichen Gesetzbuch stark vernachlässigten Rechtsgebiete ein nicht unbeträchtliches Mittel zur Förderung des Kleinwohnungsbaues erblickt und daher ständig auf die Notwendigkeit seines weiteren

## Feldpost-Abonnenten

Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 1,80 M. an den Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat Juli zu sichern.

Ausbaues hingewiesen haben. Wenn das Erbbaurecht bislang nur eine mäßige Verbreitung in Deutschland gefunden hat, so ist der Grund mit den zahlreichen rechtlichen Schwierigkeiten zu suchen, die bislang mit dem Abschluß von Erbbaurechten, der Regelung der Rechtsverhältnisse der Beteiligten und namentlich mit der Verleihung von Erbbaurechten verbunden waren. Hier schafft der Entwurf nunmehr gründlich Wandel, indem er mit Recht das Hauptgewicht auf die Hebung der Verleihbarkeit des Erbbaurechts legt. Der Hypothek wird dadurch eine sichere Grundlage gegeben, daß Erbbaurechte in Zukunft nur zur ersten Rangstelle auf dem belasteten Grundstück begründet werden können, daß sich die Hypothek auf das auf dem Erbbaugelände errichtete Gebäude mit erstreckt und daß bei einer Zwangsversteigerung des Grundstücks das Erbbaurecht bestehen bleibt. Ferner werden die Zulässigkeit der Verleihung mit Mündelgeld und durch öffentliche Sparkassen, Landesversicherungsanstalten, Hypothekendarlehen und private Versicherungsunternehmen sowie die Sicherstellung für solche Darlehen ausdrücklich geregelt. Auch wird dem Erbbaurechtsnehmer für den Fall des Verlustes seines Rechts eine Entschädigung für das Bauwerk zugesichert. Man wird sich nach alledem der Hoffnung hingeben dürfen, daß der Entwurf sich als eine geeignete Grundlage für eine allgemeinere Einbürgerung des Erbbaurechts und als ein Schritt vorwärts auf dem Gebiete des Wohnungsbaus im allgemeinen bewähren wird.

## Jugendveranstaltungen.

**Brenzlauer Vorkast.** Jeden Montag und Freitag Bewegungsspiele auf dem Halbfeld.

**Arbeiter-Jugendheim Charlottenburg.** Köpenickerstr. 4. Freitag, den 21. abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen Hebert. Nach dem Vortrage Heimbegehung. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

**Arbeiter-Zamariterbund. Kolonne Groß-Berlin.** Montag, den 24. abends 8 1/2 Uhr, im Schulzestützen, Am Königsgraben Nr. 2: Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Arbeit an der Leuchte. Letzte Ausgabe von Dampferkarten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Freitag, den 28.: Mitgliederversammlung. Vortrag, wozu die Kartellmitglieder eingeladen sind. — Dampferpartie am 7. Juli nach der Kramenburg.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.** (R. a. G.), Hamburg. Filiale Neuföhns. Mitgliederversammlung am 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei P. Kramer, Zietenstr. 69.

**Der Arbeiter-Bund „Naturfreunde“** veranstaltet in der Nacht vom 22. zum 23. Juni in Teupitz, Tornow's Abth., seine diesjährige Sommerfeier unter Mitwirkung seiner musikalischen Abteilung und des Männer- und Frauenchor's Neuföhns.

Plakate mit Reichsbrief 50 Pf. Karten sind bei Frau, Mariannenstraße 11, bei Hausdort, Neuföhns, Emsierstr. 97, sowie bei allen Führern zu haben. Verbindungen 4.38 ab Potsdamer Ringbahn bis Wandow, 6.06 ab Anhalter Bahnhof bis Reufhof, 2.45, 5.42 und 7.30 ab Berliner Bahnhof bis Teupitz-Gr.-Abth.

## Briefkasten der Redaktion.

**P. N. 1.** Rückzahlung erfolgt nicht. Der Antrag ist jedenfalls sehr spät gestellt. Es besteht kein Anspruch darauf. Es ist dem Falle Mietunterstützung gezahlt wird, richtet sich nach den Bestimmungen, die die Kommunalverwaltung dort dafür erlassen hat. Für Familien, die besonders schwer unter dem Kriege gelitten haben, kann solche Vergünstigung durch Antrag, der beim Generalkommando einzuweisen ist, erwirkt werden.

**M. S. 100.** 1. und 2. Die Zusatzbeschriftung kommt für die Zeit im Regell. — **Weihenice.** Innerhalb des Vertrages kann der Wert nicht steigen. Sie müssen ihm mitteilen, daß die Steigerung zum 1. 10. nicht annehmen. Sie wäre nur mit Ablauf des Vertrages zum April 1919 zulässig.

**B. 51.** Da ein Kaufvertrag regelrecht zustande gekommen ist, ist der Betreffende zur Abnahme und Zahlung verpflichtet. Sie müssen das durch das Gericht beweisen lassen. — **M. P. N. 375.** Die Mitteilung einem Abgeordneten zugehen zu lassen, wird zwecklos sein. Der kann dazu nichts machen. Sie können sich höchstens mit einer Beschwerde an den nächsten Vorgesetzten wenden. — **C. 3.** Ihr Mietsverhältnis ist nach Ihrer Mitteilung sehr unklar. Ihre Frau möchte sich aber wegen der Kündigung an das Mietvertragsamt wenden. — **N. S. 9.** 1. Kein. 2. Das Alter spielt keine Rolle, das Einkommen ist dafür maßgebend.

**M. 100.** 1. Dafür ist kein bestimmter Prozentsatz festgelegt. 2. Ja. Es steht Ihnen frei, das Mietvertragsamt zur Entscheidung anzugehen. — **H. P. 33.** Das Recht steht dem Polizeibeamten zu. — **Gefangener.** Die Strafe ist ohne Antrag des Betrauten gelöscht. — **Pionier St. 700.** Die Strafe ist ohne Antrag des Betrauten gelöscht. — **C. N.** Der Betreffende der Steuer-Berater-Kommission in Berlin war die richtige Stelle. Sie können nochmals wegen Geldes mahnen und Verteilung beantragen. — **M. P. 12.** 1. und 2. Das wissen wir nicht. 3. Kündigung steht den Kriegsgelassenen nicht zu, nur das aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrte Sanitätspersonal hat Anspruch darauf. — **P. M. 60.** Ja.

**G. L. 100.** Die Mietsteigerung ist nicht erheblich, und Sie werden deshalb das Mietvertragsamt zur Entscheidung nicht mit Erfolg anrufen können. Sie sind zur Rückzahlung verpflichtet.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags.** Zunächst trocken, viellicht heiter, später von Westen nach Osten fortschreitende Trübung und schließlich der Oder leichte Regengüsse, häufige Gewitter.

**Deutsches Theater.** Heute 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male: **Bibikoff.** Morgen: Bibikoff. **Kammerspiele.** Abends 7 1/2 Uhr: **Inkognito.** (Operette.) **Valksbühne.** Th. a. Bölow. Untergund. Schön. Tor. Abends 7 1/2 Uhr: **General Vorek.**

**Theater des Westens** Abends 7 1/2 Uhr: **Leopoldine Konstantin in Die Tänzerin.**

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer. **Theater Königgrätzerstr.** 8 Uhr: Die fünf Frankfurter. **Komödienhaus** 8 Uhr: Die Zaris. **Berliner Theater** 7 1/2 Uhr: Blitzausbruch.

**Berliner Prater-Theater** Kantonienallee 7-9. Täglich 5 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung: **Im Wokentagamer.** Große Rollen-Revue in 5 Bildern. Dazu die großart. Spezialitäten.

**Theater der Friedrichstadt.** Ecke Friedrich- u. Linienstr. Täglich 7 1/2 Uhr: **Die erste Geige.** Sonnt. nachm. 3 1/2 kleine Pr.: **Familie Hannemann.**

**National-Theater** 8 1/2 **Mäuschen** Musik von Walter Bromme.

**Trianon-Theater** Hof. Friedrichstr. Zr. 4927. 2391 8 U. Zum 202. Male: **Der Lebensschüler.** Kaiser-Titz, Bildt, Flink. Sonnt. nachm. 1/4 kl. Pr.: **Rotkäppchen.** Sonntag 4 Uhr: **Johannisfeuer.**

**Rose-Theater.** 7 1/2 Uhr: **Bachstelchen.** Gartenbühne: Aha! Was Neues!

**Th. i. d. Frankfurter Allee 313.** Die Künstler-Gartenbühne Täglich 7 1/2 Uhr: **Der große Erfolg!** **Was man aus Liebe tut!!** Sonntag 4 Uhr: **Bunte Bühne.**

**Theater für Donnerstag, 20. Juni.** **Central-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Csarinasfürstin.**

**Deutsches Opernhaus** 6 1/2 Uhr: **Lohengrin.** **Friedrich-Wilhelmst. Theater** 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

**Kleines Theater** 8 Uhr: **Aristid und seine Fehler.** Bassermann. **Komische Oper** 7 1/2 U.: **Schwarzwalddädel.** Stg. 37, Uhr: Die Kinokönigin.

**Metropol-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.** **Neues Operettenhaus** 7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

**Lustspielhaus** 7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels v. Lindenhof.** **Residenz-Theater** 7 1/2 U.: **Flimmerklärchen.** **Schiller-Theater O** 7 1/2 Uhr: **Der letzte Funke.**

**Schiller-Th. Charl.** 7 1/2. **Das Gnadenbrot.** **Thalia-Theater** 7 1/2. **Unter der blühenden Linde.** **Theater am Nollendorfsplatz** 8 1/4 Uhr: **Emilia Galotti.** 7 1/2 Uhr:

**Wintergarten** Gastspiel der Komischen Oper 8 Uhr: **Ohne Männer kein Vergnügen.**

**Admiralspalast.** Die Prinzessin von Tragant. Sajdah. Deutsche Tänze. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

**Schweizergarten** Am Königstor. Am Friedrichshain 29-32. Größter und schönster Naturgarten Berlins. Ueber 5000 Eibläge. Saal für 1000 Personen. Täglich: Konzert, Theater. Spezialitätenvorstellung. Anfang Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

**Reichshallen-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7 1/2 U. Großes Blüthenkonzert.

**Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft** e. G. m. b. H. Donnerstag trifft ein Wagen frische [68/19] **Mohrrüben** ein. Verteilungsorten: sind geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntags 8-10. Glatzer Str. 78 (Ecke Adersstr.), Vankstr. 49 (Röhe Badstraße), Buchstraße 3 (beim Viktoria-Krankenhaus), Wilhelmshovener Str. 70 (Roabit), Ropenhagener Straße 4 (Schönhauser Allee), Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee), Borsagener Str. 19 (Röhe Badstraße), Kottbuser Straße 18 (Röhe Badstraße), Kurfürstentstraße 148 (Röhe Potsdamer Straße), Wilmersdorf: Weststr. 38, am Ringbahnhof, Charlottenburg: Weibtreustraße 1 (Bbl. Savanplatz), Knobelsdorferstr. 50 (Röhe Sophie-Charlotte-Weg), Neuföhns: Kaiser-Friedrich-Straße 15. Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur Selbstverbraucher. Zwischenhandel ausgeschlossen. Während in den Verteilungsorten während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsebau-Gesellschaft, Burgstraße 27, III. Stod. Zimmer 76 (b. Julius Busch), tägl. v. 10-7.

**Central-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Csarinasfürstin.** **Deutsches Opernhaus** 6 1/2 Uhr: **Lohengrin.** **Friedrich-Wilhelmst. Theater** 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.** **Kleines Theater** 8 Uhr: **Aristid und seine Fehler.** Bassermann. **Komische Oper** 7 1/2 U.: **Schwarzwalddädel.** Stg. 37, Uhr: Die Kinokönigin. **Metropol-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.** **Neues Operettenhaus** 7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.** **Lustspielhaus** 7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels v. Lindenhof.** **Residenz-Theater** 7 1/2 U.: **Flimmerklärchen.** **Schiller-Theater O** 7 1/2 Uhr: **Der letzte Funke.** **Schiller-Th. Charl.** 7 1/2. **Das Gnadenbrot.** **Thalia-Theater** 7 1/2. **Unter der blühenden Linde.** **Theater am Nollendorfsplatz** 8 1/4 Uhr: **Emilia Galotti.** 7 1/2 Uhr: **Wintergarten** Gastspiel der Komischen Oper 8 Uhr: **Ohne Männer kein Vergnügen.** **Admiralspalast.** Die Prinzessin von Tragant. Sajdah. Deutsche Tänze. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M. **Schweizergarten** Am Königstor. Am Friedrichshain 29-32. Größter und schönster Naturgarten Berlins. Ueber 5000 Eibläge. Saal für 1000 Personen. Täglich: Konzert, Theater. Spezialitätenvorstellung. Anfang Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr. **Reichshallen-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7 1/2 U. Großes Blüthenkonzert. **Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft** e. G. m. b. H. Donnerstag trifft ein Wagen frische [68/19] **Mohrrüben** ein. Verteilungsorten: sind geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntags 8-10. Glatzer Str. 78 (Ecke Adersstr.), Vankstr. 49 (Röhe Badstraße), Buchstraße 3 (beim Viktoria-Krankenhaus), Wilhelmshovener Str. 70 (Roabit), Ropenhagener Straße 4 (Schönhauser Allee), Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee), Borsagener Str. 19 (Röhe Badstraße), Kottbuser Straße 18 (Röhe Badstraße), Kurfürstentstraße 148 (Röhe Potsdamer Straße), Wilmersdorf: Weststr. 38, am Ringbahnhof, Charlottenburg: Weibtreustraße 1 (Bbl. Savanplatz), Knobelsdorferstr. 50 (Röhe Sophie-Charlotte-Weg), Neuföhns: Kaiser-Friedrich-Straße 15. Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur Selbstverbraucher. Zwischenhandel ausgeschlossen. Während in den Verteilungsorten während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsebau-Gesellschaft, Burgstraße 27, III. Stod. Zimmer 76 (b. Julius Busch), tägl. v. 10-7.

**Central-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Csarinasfürstin.** **Deutsches Opernhaus** 6 1/2 Uhr: **Lohengrin.** **Friedrich-Wilhelmst. Theater** 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.** **Kleines Theater** 8 Uhr: **Aristid und seine Fehler.** Bassermann. **Komische Oper** 7 1/2 U.: **Schwarzwalddädel.** Stg. 37, Uhr: Die Kinokönigin. **Metropol-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.** **Neues Operettenhaus** 7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

**Lustspielhaus** 7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels v. Lindenhof.** **Residenz-Theater** 7 1/2 U.: **Flimmerklärchen.** **Schiller-Theater O** 7 1/2 Uhr: **Der letzte Funke.** **Schiller-Th. Charl.** 7 1/2. **Das Gnadenbrot.** **Thalia-Theater** 7 1/2. **Unter der blühenden Linde.** **Theater am Nollendorfsplatz** 8 1/4 Uhr: **Emilia Galotti.** 7 1/2 Uhr:

**Wintergarten** Gastspiel der Komischen Oper 8 Uhr: **Ohne Männer kein Vergnügen.**

**Admiralspalast.** Die Prinzessin von Tragant. Sajdah. Deutsche Tänze. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

**Schweizergarten** Am Königstor. Am Friedrichshain 29-32. Größter und schönster Naturgarten Berlins. Ueber 5000 Eibläge. Saal für 1000 Personen. Täglich: Konzert, Theater. Spezialitätenvorstellung. Anfang Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

**Reichshallen-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7 1/2 U. Großes Blüthenkonzert.

**Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft** e. G. m. b. H. Donnerstag trifft ein Wagen frische [68/19] **Mohrrüben** ein. Verteilungsorten: sind geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntags 8-10. Glatzer Str. 78 (Ecke Adersstr.), Vankstr. 49 (Röhe Badstraße), Buchstraße 3 (beim Viktoria-Krankenhaus), Wilhelmshovener Str. 70 (Roabit), Ropenhagener Straße 4 (Schönhauser Allee), Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee), Borsagener Str. 19 (Röhe Badstraße), Kottbuser Straße 18 (Röhe Badstraße), Kurfürstentstraße 148 (Röhe Potsdamer Straße), Wilmersdorf: Weststr. 38, am Ringbahnhof, Charlottenburg: Weibtreustraße 1 (Bbl. Savanplatz), Knobelsdorferstr. 50 (Röhe Sophie-Charlotte-Weg), Neuföhns: Kaiser-Friedrich-Straße 15. Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur Selbstverbraucher. Zwischenhandel ausgeschlossen. Während in den Verteilungsorten während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsebau-Gesellschaft, Burgstraße 27, III. Stod. Zimmer 76 (b. Julius Busch), tägl. v. 10-7.

**Central-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Csarinasfürstin.** **Deutsches Opernhaus** 6 1/2 Uhr: **Lohengrin.** **Friedrich-Wilhelmst. Theater** 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.** **Kleines Theater** 8 Uhr: **Aristid und seine Fehler.** Bassermann. **Komische Oper** 7 1/2 U.: **Schwarzwalddädel.** Stg. 37, Uhr: Die Kinokönigin. **Metropol-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.** **Neues Operettenhaus** 7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.** **Lustspielhaus** 7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels v. Lindenhof.** **Residenz-Theater** 7 1/2 U.: **Flimmerklärchen.** **Schiller-Theater O** 7 1/2 Uhr: **Der letzte Funke.** **Schiller-Th. Charl.** 7 1/2. **Das Gnadenbrot.** **Thalia-Theater** 7 1/2. **Unter der blühenden Linde.** **Theater am Nollendorfsplatz** 8 1/4 Uhr: **Emilia Galotti.** 7 1/2 Uhr: **Wintergarten** Gastspiel der Komischen Oper 8 Uhr: **Ohne Männer kein Vergnügen.** **Admiralspalast.** Die Prinzessin von Tragant. Sajdah. Deutsche Tänze. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M. **Schweizergarten** Am Königstor. Am Friedrichshain 29-32. Größter und schönster Naturgarten Berlins. Ueber 5000 Eibläge. Saal für 1000 Personen. Täglich: Konzert, Theater. Spezialitätenvorstellung. Anfang Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr. **Reichshallen-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7 1/2 U. Großes Blüthenkonzert. **Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft** e. G. m. b. H. Donnerstag trifft ein Wagen frische [68/19] **Mohrrüben** ein. Verteilungsorten: sind geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntags 8-10. Glatzer Str. 78 (Ecke Adersstr.), Vankstr. 49 (Röhe Badstraße), Buchstraße 3 (beim Viktoria-Krankenhaus), Wilhelmshovener Str. 70 (Roabit), Ropenhagener Straße 4 (Schönhauser Allee), Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee), Borsagener Str. 19 (Röhe Badstraße), Kottbuser Straße 18 (Röhe Badstraße), Kurfürstentstraße 148 (Röhe Potsdamer Straße), Wilmersdorf: Weststr. 38, am Ringbahnhof, Charlottenburg: Weibtreustraße 1 (Bbl. Savanplatz), Knobelsdorferstr. 50 (Röhe Sophie-Charlotte-Weg), Neuföhns: Kaiser-Friedrich-Straße 15. Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur Selbstverbraucher. Zwischenhandel ausgeschlossen. Während in den Verteilungsorten während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsebau-Gesellschaft, Burgstraße 27, III. Stod. Zimmer 76 (b. Julius Busch), tägl. v. 10-7.

**Reichshallen-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7 1/2 U. Großes Blüthenkonzert.

**Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft** e. G. m. b. H. Donnerstag trifft ein Wagen frische [68/19] **Mohrrüben** ein. Verteilungsorten: sind geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntags 8-10. Glatzer Str. 78 (Ecke Adersstr.), Vankstr. 49 (Röhe Badstraße), Buchstraße 3 (beim Viktoria-Krankenhaus), Wilhelmshovener Str. 70 (Roabit), Ropenhagener Straße 4 (Schönhauser Allee), Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee), Borsagener Str. 19 (Röhe Badstraße), Kottbuser Straße 18 (Röhe Badstraße), Kurfürstentstraße 148 (Röhe Potsdamer Straße), Wilmersdorf: Weststr. 38, am Ringbahnhof, Charlottenburg: Weibtreustraße 1 (Bbl. Savanplatz), Knobelsdorferstr. 50 (Röhe Sophie-Charlotte-Weg), Neuföhns: Kaiser-Friedrich-Straße 15. Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur Selbstverbraucher. Zwischenhandel ausgeschlossen. Während in den Verteilungsorten während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsebau-Gesellschaft, Burgstraße 27, III. Stod. Zimmer 76 (b. Julius Busch), tägl. v. 10-7.

**Central-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Csarinasfürstin.** **Deutsches Opernhaus** 6 1/2 Uhr: **Lohengrin.** **Friedrich-Wilhelmst. Theater** 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.** **Kleines Theater** 8 Uhr: **Aristid und seine Fehler.** Bassermann. **Komische Oper** 7 1/2 U.: **Schwarzwalddädel.** Stg. 37, Uhr: Die Kinokönigin. **Metropol-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.** **Neues Operettenhaus** 7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.** **Lustspielhaus** 7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels v. Lindenhof.** **Residenz-Theater** 7 1/2 U.: **Flimmerklärchen.** **Schiller-Theater O** 7 1/2 Uhr: **Der letzte Funke.** **Schiller-Th. Charl.** 7 1/2. **Das Gnadenbrot.** **Thalia-Theater** 7 1/2. **Unter der blühenden Linde.** **Theater am Nollendorfsplatz** 8 1/4 Uhr: **Emilia Galotti.** 7 1/2 Uhr: **Wintergarten** Gastspiel der Komischen Oper 8 Uhr: **Ohne Männer kein Vergnügen.** **Admiralspalast.** Die Prinzessin von Tragant. Sajdah. Deutsche Tänze. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M. **Schweizergarten** Am Königstor. Am Friedrichshain 29-32. Größter und schönster Naturgarten Berlins. Ueber 5000 Eibläge. Saal für 1000 Personen. Täglich: Konzert, Theater. Spezialitätenvorstellung. Anfang Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr. **Reichshallen-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7 1/2 U. Großes Blüthenkonzert. **Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft** e. G. m. b. H. Donnerstag trifft ein Wagen frische [68/19] **Mohrrüben** ein. Verteilungsorten: sind geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntags 8-10. Glatzer Str. 78 (Ecke Adersstr.), Vankstr. 49 (Röhe Badstraße), Buchstraße 3 (beim Viktoria-Krankenhaus), Wilhelmshovener Str. 70 (Roabit), Ropenhagener Straße 4 (Schönhauser Allee), Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee), Borsagener Str. 19 (Röhe Badstraße), Kottbuser Straße 18 (Röhe Badstraße), Kurfürstentstraße 148 (Röhe Potsdamer Straße), Wilmersdorf: Weststr. 38, am Ringbahnhof, Charlottenburg: Weibtreustraße 1 (Bbl. Savanplatz), Knobelsdorferstr. 50 (Röhe Sophie-Charlotte-Weg), Neuföhns: Kaiser-Friedrich-Straße 15. Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur Selbstverbraucher. Zwischenhandel ausgeschlossen. Während in den Verteilungsorten während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsebau-Gesellschaft, Burgstraße 27, III. Stod. Zimmer 76 (b. Julius Busch), tägl. v. 10-7.

**Admiralspalast.** Die Prinzessin von Tragant. Sajdah. Deutsche Tänze. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

**Schweizergarten** Am Königstor. Am Friedrichshain 29-32. Größter und schönster Naturgarten Berlins. Ueber 5000 Eibläge. Saal für 1000 Personen. Täglich: Konzert, Theater. Spezialitätenvorstellung. Anfang Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

**Reichshallen-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7 1/2 U. Großes Blüthenkonzert.

**Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft** e. G. m. b. H. Donnerstag trifft ein Wagen frische [68/19] **Mohrrüben** ein. Verteilungsorten: sind geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntags 8-10. Glatzer Str. 78 (Ecke Adersstr.), Vankstr. 49 (Röhe Badstraße), Buchstraße 3 (beim Viktoria-Krankenhaus), Wilhelmshovener Str. 70 (Roabit), Ropenhagener Straße 4 (Schönhauser Allee), Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee), Borsagener Str. 19 (Röhe Badstraße), Kottbuser Straße 18 (Röhe Badstraße), Kurfürstentstraße 148 (Röhe Potsdamer Straße), Wilmersdorf: Weststr. 38, am Ringbahnhof, Charlottenburg: Weibtreustraße 1 (Bbl. Savanplatz), Knobelsdorferstr. 50 (Röhe Sophie-Charlotte-Weg), Neuföhns: Kaiser-Friedrich-Straße 15. Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur Selbstverbraucher. Zwischenhandel ausgeschlossen. Während in den Verteilungsorten während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsebau-Gesellschaft, Burgstraße 27, III. Stod. Zimmer 76 (b. Julius Busch), tägl. v. 10-7.

**Reichshallen-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7 1/2 U. Großes Blüthenkonzert.

**Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft** e. G. m. b. H. Donnerstag trifft ein Wagen frische [68/19] **Mohrrüben** ein. Verteilungsorten: sind geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntags 8-10. Glatzer Str. 78 (Ecke Adersstr.), Vankstr. 49 (Röhe Badstraße), Buchstraße 3 (beim Viktoria-Krankenhaus), Wilhelmshovener Str. 70 (Roabit), Ropenhagener Straße 4 (Schönhauser Allee), Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee), Borsagener Str. 19 (Röhe Badstraße), Kottbuser Straße 18 (Röhe Badstraße), Kurfürstentstraße 148 (Röhe Potsdamer Straße), Wilmersdorf: Weststr. 38, am Ringbahnhof, Charlottenburg: Weibtreustraße 1 (Bbl. Savanplatz), Knobelsdorferstr. 50 (Röhe Sophie-Charlotte-Weg), Neuföhns: Kaiser-Friedrich-Straße 15. Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur Selbstverbraucher. Zwischenhandel ausgeschlossen. Während in den Verteilungsorten während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsebau-Gesellschaft, Burgstraße 27, III. Stod. Zimmer 76 (b. Julius Busch), tägl. v. 10-7.

**Reichshallen-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7 1/2 U. Großes Blüthenkonzert.

**Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft** e. G. m. b. H. Donnerstag trifft ein Wagen frische [68/19] **Mohrrüben** ein. Verteilungsorten: sind geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntags 8-10. Glatzer Str. 78 (Ecke Adersstr.), Vankstr. 49 (Röhe Badstraße), Buchstraße 3 (beim Viktoria-Krankenhaus), Wilhelmshovener Str. 70 (Roabit), Ropenhagener Straße 4 (Schönhauser Allee), Petersburger Straße 4a (Frankfurter Allee), Borsagener Str. 19 (Röhe Badstraße), Kottbuser Straße 18 (Röhe Badstraße), Kurfürstentstraße 148 (Röhe Potsdamer Straße), Wilmersdorf: Weststr. 38, am Ringbahnhof, Charlottenburg: Weibtreustraße 1 (Bbl. Savanplatz), Knobelsdorferstr. 50 (Röhe Sophie-Charlotte-Weg), Neuföhns: Kaiser-Friedrich-Straße 15. Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur Selbstverbraucher. Zwischenhandel ausgeschlossen. Während in den Verteilungsorten während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsebau-Gesellschaft, Burgstraße 27, III. Stod. Zimmer 76 (b. Julius Busch), tägl. v. 10-7.

**Reichshallen-Theater.** Abends 7 1/2 Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7 1/2 U. Großes Blüthenkonzert.

